"Es ist Zeit für eine entschlossene,

gerechte und friedliche Politik"

Arbeitsprogramm der SPD Rheinland-Pfalz 1987 - 1991

Verabschiedet auf dem Landesparteitag der SPD Rheinland-Pfalz
am 14. März 1987 in Mainz

Wir in Rheinland-Pfalz

SPD

C87-1085

WIR IN RHEINLAND-PFALZ

Seite

I. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern

Aufgaben der Gegenwart und Herausforderungen der Zukunft anpacken

II. Arbeit für alle - Grundlage für Wohlstand und soziale Sicherheit

Arbeitslosigkeit aktiv bekämpfen

Arbeit gerechter verteilen 5
Arbeitszeiten verkürzen
Überstunden begrenzen
öffentlicher Dienst: Abbau nebenberuflicher und nebenamtlicher Tätigkeiten - neue Chancen für Jüngere
Sozialversicherung nicht unterlaufen
Leiharbeit bekämpfen
Schichtarbeit verändern
Mitbestimmung der Arbeitnehmer und soziale Sicherheit
Arbeitsverwaltung stärken

Neue Arbeit schaffen 8
Investitionen für Arbeit und Umwelt
neue Arbeit gegen neue Armut
Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung

Gleiche Rechte für Frauen durchsetzen 9
Familie und Beruf vereinbar machen
Arbeitslosigkeit von Frauen und soziale Rechte
Arbeit und soziale Sicherheit
Gleichstellungsbeauftragte
Staatssekretärin für Frauenfragen

Seite

Die Regionen des Landes gleichmäßig entwickeln 10
gegen weitere Zentralisierung
gleichwertige öffentliche Einrichtungen
Auflagen bei öffentlichen Mitteln
Streckennetz der Bundesbahn erhalten
Speditionswirtschaft gegen unlautere Konkurrenz schützen
gleicher Zugang zu Geschäftskommunikation
umweltverträgliche Verkehrspolitik
Priorität für Ortsumgehungen bei Landesstraßen
Radwege
öffentlicher Personennahverkehr

Technischen Wandel nutzen 13
technischen Fortschritt fördern und gestalten
technischer Wandel als sozialer Fortschritt
Beispiele sozialdemokratischer Technologiepolitik
Modernisierung der Bildungswege
Fortbildung und Weiterbildung
Arbeitnehmer sollen mitbestimmen

III. Wir wollen eine kinderfreundliche Umwelt und gleiche Chancen für die Zukunft

Kindern und Familien helfen 17
sich für Kinder entscheiden können
Gentechnologie
Schutz des ungeborenen Lebens
Maßnahmen gegen Kindersterblichkeit
Kinderkliniken weiterentwickeln
für einheitliches Kindergeld

Mit Kindergärten praktisch fördern 18
alltägliche Belastungen verringern
Angebot in Kindergärten erweitern
besondere Hilfen besonders fördern
mit Behinderten solidarisch umgehen

Seite

Gleiche Chancen für alle Kinder
soziale Barrieren abbauen 19
gemeinsam länger zur Schule gehen
Schulwege müssen zumutbar werden
Lernmittelfreiheit und Fahrtkosten
Unterrichtsbedingungen verbesseren - "kleine Dienstverträge" aufstocken
Gesamtschulen, wo Eltern sie wollen
Hauptschulen und Berufsschulen gleichstellen

Berufliche Bildung stärken 21
berufliche Bildung gleichwertig
Schulen modernisieren - Ausfall an Unterricht abbauen
Recht auf Ausbildung
Ausbildungschancen, vor allem für Mädchen
breite Grundbildung
Bildungsurlaub

Die Hochschulen sichern 22
unabhängige Forschung und Lehre
Zugang zu Hochschulen gleich für alle
wissenschaftlichen Nachwuchs fördern
Ausstattung der Hochschulen verbessern
alle Hochschulen müssen zusammenarbeiten
Erfahrungen und Kenntnisse austauschen

Weiterbildung ermöglichen 25

Jugend und Gesellschaft 25
Bildungsurlaub regeln
Wehrdienst und Zivildienst anerkennen
Jugendliche stärker beteiligen

Seite

IV. Wir wollen auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit zusammenleben

Neue Grundlagen für soziale Sicherheit schaffen 27
soziale Grundsicherung für alle
neue Grundlagen für Arbeitgeberbeiträge -
Maschinen sollen Sozialversicherung mitfinanzieren

Leben im Alter 29
Erfahrung und Wissen der Älteren nutzen
im Alter eigenständig leben
Sozialstationen und mobile Hilfsdienste unterstützen
Pflegeversicherung schaffen
Landespflegegeld - ohne Wartezeit, mit Einkommensgrenzen

Für Gesundheit vorsorgen 31
ausreichende ärztliche Versorgung sichern
Kosten und Leistungen durchschaubar
für einen neuen Krankenhaus-Zielplan
Rettungswesen stärken
Fachärzte in ländlichen Regionen
öffentlicher Gesundheitsdienst

V. Wir wollen die wirtschaftliche Kraft des Landes stärken

Handwerk und Mittelstand 34
stabil für Ausbildung und Beschäftigung
stärkere Kraft für Investitionen: Investitionsrücklage
und gezielte steuerliche Entlastungen
Hilfen gegen Insolvenzen, straffe Förderung neuer
Unternehmen
lohnintensive Betriebe entlasten - neue Bemessungsgrundlage für Lohnnebenkosten
bei technischem Wandel beraten

Seite

Leiharbeit und organisierte Schwarzarbeit bekämpfen
öffentliche Aufträge
Handwerk und Einzelhandel: Hilfe gegen Konzentration
und Verdrängungswettbewerb
Kosten der Ausbildung gerecht verteilen

Die Landwirtschaftspolitik umstellen 38
Preise und direkte Einkommenshilfen
Milchquote: Familienbetriebe gegen Agrarfabriken
schützen
umweltverträgliche Landwirtschaft
landwirtschaftliche Sozialpolitik neu beleben
flächenbezogene Landwirtschaft und Bodenschutz

Den Winzern direkt helfen 40
Markt und Preis stabilisieren
sofort Finanzhilfen für Winzer durchsetzen, Förderpolitik umstellen
Vertrauen festigen - Auslandswein wirksam kontrollieren
langfristiges Marketing
Gewinne aus Betrug ganz abschöpfen

Der Wald ist Erholungsraum 42
vorsorgende Luftreinhaltung und Forstwirtschaft

Den Fremdenverkehr entwickeln 43

VI. Wir wollen persönliche Freiheit sichern und ausbauen

Demokratie in den Gemeinden 45
gemeindliche Selbstverwaltung stärken
Ehrenamt im Alltag unterstützen
Wahlmöglichkeiten für Bürger erweitern
Investitionen für Beschäftigung und Lebensumwelt
Gängelung von Gemeinden und freien Trägern beenden
Kommunale Abgaben: sofort ein gerechtes Gesetz
Selbstverwaltung ist auch Finanzautonomie

Seite

Freien Raum für Kunst und Kultur ausbauen 47
Freiraum ohne politische Bevormundung
Kunst und Kultur breit fördern
alle Regionen gleichmäßig auslasten, Lesekultur fördern
Akademie für bildende Kunst und Musikhochschule

Meinungsfreiheit und Medienvielfalt 48
Verflachung durch Kommerzialisierung verhindern
öffentlich-rechtlicher Rundfunk, private Träger und Pressewesen
innere Pressefreiheit
Filmschaffen

Der Rechtsstaat ist Grundlage des Zusammenlebens in der Gesellschaft 50
Gewalt ist kein Mittel der Politik
unterschiedliche Interessen friedlich austragen
Urteile in angemessener Zeit
Strafvollzug
gegen Parteibuchwirtschaft
Datenschutz
keine Regelüberprüfung bei Einstellungen
Verfassungsschutz

Öffentlicher Dienst - dienende Funktion im Staat 51
Privatisierung hilft niemandem
lieber junge Leute einstellen, statt Überstunden zu bezahlen
Recht der Personalvertretung als Mitbestimmung

Unsere Polizei 53
Beamte ausbilden, einstellen und besser besolden
Vertrauensverhältnis zum Bürger stärken
klare Rechtsgrundlagen

Seite

VII. Der Schutz der Umwelt ist Aufgabe aller Bereiche der Politik

natürliche Kreisläufe achten und Vorsorge betreiben

Luft und Wasser - unsere Lebensgrundlagen 55
schärfere Gesetze für Luftreinhaltung durchsetzen
Wasser schützen gegen fortdauernde Vergiftung
Einleitungsgenehmigungen offenlegen
Kläranlagen bauen

Abfall - auch eine Rohstoffquelle 57
Abfallwirtschaft vermeidet Müll und verwertet Abfälle

Bürgerbeteiligung stärken 57
Verbandsklage einführen
Umweltstraftaten gemeinsam verhindern und verfolgen
Grün in den Städten

Chemie - ein Beispiel für ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft 59
Arbeit und Arbeitsplätze sichern
giftige und krebserregende Stoffe verbieten
für eine Haftung unabhängig vom Verschulden
Umweltausschüsse in den Betrieben
Gewerbeaufsicht verstärken

Energie - Chancen auf Arbeit statt unbeherrschbarer Risiken 60
neue Energieversorgung aufbauen - ohne Atomenergie
Atomgesetz und Energiewirtschaftsgesetz ändern
Energie - verträglich für die Umwelt erzeugen und verteilen
öffentliche Standortplanung

VIII. Wir werden mithelfen bei der Politik des Friedens

militärische Lasten vermeiden, Tieffliegerei abschaffen,
Giftgas ächten, Schritte zur Abrüstung
souverän im eigenen Land, gleichberechtigt im Bündnis
gleiche Rechte für deutsche Arbeitnehmer, auch auf
sichere Arbeit
unsere Interessen in Bonn und Brüssel selbstbewußt
vertreten

I. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern

Aufgaben der Gegenwart und Herausforderungen der Zukunft entschlossen anpacken

Mit diesem Arbeitsprogramm nennen wir jene Ziele und Maßstäbe, mit denen wir in Rheinland-Pfalz politische Aufgaben lösen wollen.

Wir vertrauen dabei auf die Bürgerinnen und Bürger, ihre Bereitschaft zum offenen Gespräch, ihre Ideen und ihren Sachverstand. Denn in einer immer komplizierteren Welt brauchen wir die Fähigkeiten und den Sachverstand vieler. Niemand kann alle Fragen allein übersehen und darauf Antworten geben.

Das sind die Schwerpunkte unserer Arbeit:

1. Wir wollen Arbeit für alle schaffen und dabei gleiche Rechte für die Frauen verwirklichen.

   Gemeinsam mit Arbeitnehmern, Handwerk und Mittelstand, mit dem Sachverstand von Gewerkschaften, Unternehmen und Verbänden können wir neue Möglichkeiten der Arbeit für alle erschließen. Wir kennen unterschiedliche Interessen und Ansichten. Aber es liegt im Interesse aller, wenn statt der Arbeitslosigkeit neue Arbeit geschaffen wird. Technischer Wandel soll sozialem Fortschritt dienen, in allen Teilen unseres Landes.

2. Wir wollen eine kinderfreundliche Umwelt und gleiche Chancen für die Zukunft.

   Gemeinsam mit Eltern, Lehrern und Erziehern können wir die Grundlagen für Bildung und Ausbildung so

verbessern, daß unsere Kinder unabhängig von sozialer Herkunft, Geschlecht oder Wohnort die Chance haben, sich zu entfalten und in der Zukunft zurecht zu finden.

3. Wir wollen auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit zusammenleben.

Soziale Gerechtigkeit ist der politische Ausdruck des Respektes und der Anerkennung gegenüber den Älteren und der Solidarität mit den Schwächeren. Die besondere Zuwendung vieler in den Krankenhäusern, Sozialstationen, Altenheimen oder in der Hilfe für Schwache und Behinderte gibt unserer Gesellschaft ein menschliches Gesicht.

4. Wir wollen den besonderen Charakter unseres Landes erhalten, geprägt von Handwerk und Mittelstand, Weinbau und Landwirtschaft.

Handwerk und Mittelstand sorgen - neben erfolgreichen Industrieunternehmen - für stabile Ausbildung und Beschäftigung. In allen Regionen des Landes müssen ihre Fähigkeit im Wettbewerb, ihre Kraft zur Investition, ihre Zukunft im technischen Wandel gestärkt werden.

Für die Familienbetriebe der Winzer und Landwirte müssen angemessene Preise und eine umgestellte Förderung mit direkten Hilfen gegen drängende Existenzsorgen zusammenwirken. Davon hängen ganze Regionen mit Fremdenverkehr, Gastronomie und der Schönheit einer gepflegten Kulturlandschaft ab.

5. Wir wollen persönliche Freiheit sichern und ausbauen.

Viele Menschen engagieren sich in den Gewerkschaften, in Kirchen, in sozialen Organisationen, in Vereinen, in der Kommunalpolitik, für Kunst und Kultur. Daraus entsteht die lebendige Kraft einer freiheitlichen Demokratie. Sie wollen wir stärken gegen bürokratische Enge und kleinliche Kontrolle, durch Offenheit und Toleranz, mehr Mitbestimmung und Selbstverwaltung und den Schutz unseres Rechtsstaates.

6. Der Schutz der Umwelt ist Aufgabe aller Bereiche der Politik.

Initiativen und Verbände für den Umweltschutz entwickeln aus der Sorge um die natürlichen Lebensgrundlagen zahlreiche konkrete Vorschläge. Das sollten politische Parteien nicht als vermeintliche Konkurrenz abweisen oder gar verdächtigen. Wir begrüßen das Engagement der Bürger und fördern es. Vorsorgende Umweltpolitik achtet natürliche Kreisläufe und modernisiert unsere Industriegesellschaft ökologisch. Auch dazu brauchen wir den Sachverstand aus Wissenschaft und Technik.

7. Wir wollen mithelfen bei einer Politik des Friedens.

Unser Land ist mit militärischen Einrichtungen belastet wie kein anderes. Die Folgen spüren wir bis in den Alltag hinein. Wir sind aber nicht der "Flugzeugträger der NATO". Wir wollen gleichberechtigt im Bündnis sein, souverän im eigenen Land und auf dieser Grundlage Frieden durch Abrüstung und Entspannung suchen.

Wir sprechen anderen Auffassungen weder guten Willen

noch Engagement ab. Die wachsende Polemik zwischen den Parteien verdeckt Fragen und ist eher Ausdruck von Hilflosigkeit. Die Verunglimpfung anderer löst keine Probleme. Sie ist Ausdruck des Mißtrauens gegenüber der Urteilskraft der Bürger und beschädigt Ansehen und Vertrauen in die politischen Institutionen.

Wir verstehen unsere politische Arbeit als eine gemeinsame Anstrengung mit den Bürgern. Die Politik hat Sachverstand nicht gepachtet. Wir Sozialdemokraten haben deshalb eine Landesregierung vorgeschlagen, die qualifizierte Frauen und Männer zusammenbringt - aus Arbeitnehmerschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik.

Wir wollen mit Rudolf Scharping einen Ministerpräsidenten mit Ideen, sozialer Verantwortung und neuer Tatkraft.

Unsere Überzeugungen gründen sich auf einer ungebrochenen Tradition: Seit mehr als 120 Jahren ringen Sozialdemokraten um Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit. Die Aufgaben ändern sich, unsere Ziele nicht. Auf dieser Grundlage sagen wir: es ist Zeit für eine entschlossene, gerechte und friedliche Politik. Darauf bauen unsere konkreten Vorschläge auf. So können wir in Rheinland-Pfalz die großen Aufgaben der Gegenwart und die neuen Herausforderungen in der Zukunft bewältigen.

II. Arbeit für alle - Grundlage für Wohlstand und soziale Sicherheit

Mit ihrer Arbeit erwerben Frauen und Männer Selbstbewußtsein, schaffen die Grundlage für eigenen Wohlstand und gemeinsame soziale Sicherheit. Die Gefahr, den Arbeitsplatz zu verlieren, bedroht Freiheitsraum und Würde des einzelnen Arbeitnehmers. Arbeitslosigkeit bringt im allgemeinen Menschen ohne eigenes Verschulden in eine Notlage. Für sie machen wir Vollbeschäftigungspolitik und sichern das System der sozialen Gerechtigkeit, denn Arbeitslosigkeit ist nicht nur ungerecht und einer reichen Gesellschaft unwürdig, sondern auch ein teurer Mißstand.

Arbeit für alle ist deshalb das wichtigste Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Ihre Elemente sind

- gerechte Verteilung der Arbeit;
- neue Arbeit schaffen, mit technischem Fortschritt, zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und gegen neue Armut;
- solide Ausbildung, die auf die beruflichen Anforderungen der Zukunft vorbereitet und Grundlagen für wirksame Mitbestimmung schafft;
- gleiche Rechte für Frauen in Ausbildung und Beruf;
- gleiche Chancen für alle Regionen des Landes, damit sie nicht von überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit belastet bleiben.

Die Arbeit gerechter verteilen

Die Erfahrung der Vergangenheit zeigt: Wir können immer mehr produzieren und benötigen dafür immer weniger menschliche Arbeitskraft. Wer nur auf quanti-

tatives Wachstum setzt, kann die Frage nach sicherer Arbeit nicht beantworten und schafft ständig neue Probleme für die Umwelt.

Auch in Rheinland-Pfalz wächst die Produktivität schneller als das Sozialprodukt. Arbeitslosigkeit ist die Folge, zumal dann, wenn über längere Zeit mehr jüngere Menschen Arbeit suchen als ältere in Rente gehen können. Arbeitslosigkeit trifft vor allem ältere Arbeitnehmer, Frauen und Jugendliche sehr stark. Eine wirksame Antwort darauf ist die gerechtere Verteilung von Arbeit. Ihr Instrument ist die Verkürzung der Arbeitszeiten. Alle Erfahrungen aus den verschiedenen Wirtschaftsbranchen zeigen: Wer die Arbeitszeit verkürzt, schafft neue Chancen auf Arbeit. Deshalb werden wir die Gewerkschaften unterstützen und vernünftige Arbeitgeber ermuntern, die verschiedenen Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung (Wochenarbeitszeit, tägliche Arbeitszeit, längerer Urlaub, Vorruhestand) zu nutzen. Dabei hat die Verkürzung der Wochenarbeitszeiten Vorrang, denn sie wirkt auf dem Arbeitsmarkt besonders nachhaltig.

Eine Begrenzung der Überstunden ist nur durch eine wirksame Mitbestimmung der Arbeitnehmer zu erreichen. Wir werden deshalb eine Reform der völlig veralteten Arbeitszeitordnung unterstützen. Im Lande selbst werden wir im öffentlichen Dienst entsprechend verfahren. Wir eröffnen Chancen auf neue Beschäftigung dort, wo dringender Bedarf besteht. Das wird zur Konsequenz haben, daß bei hohen Besoldungsgruppen die Stellenpläne nur in Ausnahmefällen verbessert werden können, solange die Chancen für Berufsanfänger so schlecht sind, wie augenblicklich.

Überstunden, nebenberufliche Tätigkeiten und die Genehmigung von Nebentätigkeiten werden wir an strengen

Maßstäben messen und zielstrebig abbauen. Es ist sinnvoller, junge Berufsanfänger einzustellen als Überstunden zu bezahlen. Nebentätigkeiten werden zudem regelmäßig überprüft, denn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes sollen keine Konkurrenz für freie Berufe sein.

Teilzeitarbeitsplätze richten wir ein, wenn dafür tarifvertragliche Vereinbarungen bestehen. Weder im öffentlichen Bereich, noch bei privater Beschäftigung werden wir das Unterlaufen der Sozialversicherungspflichtgrenzen dulden. Die Privatisierung schafft nicht neue Arbeit, sondern verlagert zu Lasten der betroffenen Arbeitnehmer die Arbeitsmöglichkeiten in einen sozial schlechter gesicherten Bereich.

Leiharbeit stiehlt anderen Arbeit auf Kosten der sozialen Sicherheit und ist eine schwere Belastung für die betroffenen Arbeitnehmer. Wir werden eine Verschärfung der gesetzlichen Vorschriften gegen Leiharbeit anstreben und die vorhandenen Möglichkeiten der Gewerbeaufsicht nutzen und auszubauen. Die Gewerbeaufsicht ist durch personelle Verstärkung handlungsfähiger zu machen. Schichtarbeit führt zu gesundheitlichen Belastungen und oft genug zu schweren Behinderungen der Beteiligung am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben. Arbeitszeitverkürzung muß deshalb auch zu einer Änderung im Schichtrhythmus führen.

Aktive Arbeitsmarktpolitik kann auf Mitbestimmung der Arbeitnehmer nicht verzichten. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird keiner Regelung zustimmen, die eine schwächere Mitbestimmung bewirkt oder die soziale Sicherheit aushöhlt. Der § 116 AFG, der verwässerte Jugendarbeitsschutz oder die Pläne zur Aushöhlung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sind dafür schwerwiegende Beispiele. Denn soziale Sicherheit, Mitbestimmung und handlungsfähige Gewerk-

schaften sind Grundlagen für sozialen Frieden, ohne den unser Land seine wirtschaftliche Kraft nicht erhalten und verbessern kann. Deshalb werden wir auch von dem sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetz und damit von befristeter Arbeit u.ä. keinen Gebrauch machen.

Die wachsende Dauer der Arbeitslosigkeit erfordert eine immer intensivere Hilfe und Betreuung. Dieser Aufgabe sind die Mitarbeiter der Arbeitsämter nur gewachsen, wenn auch dort die notwendigen Stellen geschaffen sind. Dafür wird eine sozialdemokratische Landesregierung im Rahmen der Selbstverwaltung energisch eintreten.

Neue Arbeit schaffen

Das Land selbst wird seine Haushaltsmittel so einsetzen, daß sie möglichst nachhaltige Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt haben und zugleich dem Schutz von natürlichen Lebensgrundlagen dienen. Der weite Bereich der Dorf- und Stadterneuerung, die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung, das Umstellen der Abfallbeseitigung auf Abfallwirtschaft sind Beispiele dafür. Sie öffnen Chancen für qualitatives Wachstum, das durch öffentliche Investitionen angeregt oder getragen wird.

Mit einem Programm "Neue Arbeit gegen neue Armut" soll benachteiligten und aus dem Arbeitsmarkt herausgedrängten Jugendlichen, gesundheitlich benachteiligten, behinderten und älteren Arbeitnehmern eine Chance gegeben werden, für sich und ihre Familien in angemessener Weise ihren Lebensunterhalt zu verdienen und sich neue Chancen für die Arbeitswelt zu erwerben. Dabei greifen wir auf entsprechende Erfahrungen aus den Nachbarländern zurück. 140 000 Sozialhilfeempfänger in Rheinland-Pfalz dürfen von der Politik nicht länger ignoriert werden.

Wir werden die Mittel für Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung durch Landesmittel entsprechend ergänzen und sie kontinuierlich zur Verfügung stellen, damit Gemeinden und freie Träger für ihre Aktivitäten eine sichere Grundlage haben.

Gleiche Rechte für Frauen durchsetzen

Auch in Rheinland-Pfalz ist die im Grundgesetz verankerte Gleichstellung der Frauen in der Arbeitswelt, in der Familie, in Politik und im öffentlichen Leben nicht annähernd verwirklicht. Es muß aber allen Männern und Frauen möglich werden, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Wir halten es für einen Irrweg, die Interessen der Frauen an Familie und beruflicher Verwirklichung gegeneinander auszuspielen.

Ein wichtiger Schritt zur Gleichstellung von Frauen und Männern ist die Förderung der Frauenbeschäftigung und die Bekämpfung der Frauenarbeitslosigkeit. Dazu sollen Förderpläne beitragen, damit eine qualifizierte Berufstätigkeit und ein besserer Aufstieg in berufliche Positionen ermöglicht wird. Die Rückkehr von Frauen in das Berufsleben kann in Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung erleichtert werden. Die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern erreichen wir, wenn

- die Arbeitszeiten so verkürzt werden, daß Beruf und Familie für Frauen und Männer besser zu vereinbaren sind;
- vernünftige Angebote zur Fort- und Weiterbildung bestehen;
- Frauen stärker in Entscheidungsgremien beteiligt werden;
- der Kündigungsschutz für berufstätige Frauen voll-

ständig wiederhergestellt wird und das Erziehungsgeld mit dem Ziel tatsächlicher Chancengleichheit von Frauen und Männern fortentwickelt wird;
- in diese Förderung auch Ein-Eltern-Familien einbezogen werden.

Insbesondere Frauen sind davon betroffen, wenn statt einer flexibleren Organisation der Arbeit die arbeitsvertraglichen Bindungen und Rechte ausgehöhlt werden. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird deshalb Teilzeitarbeit außerhalb der Sozialversicherungspflicht genauso wenig akzeptieren, wie kapazitätsorientierte Arbeitsverhältnisse und jede andere Form der Flexibilisierung zu Lasten der sozialen Sicherheit.

Die Verwirklichung des Verfassungsauftrages der Gleichberechtigung von Mann und Frau ist auch eine Aufgabe der Gemeinden. Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben können die Gemeinden Gleichstellungsbeauftragte bestellen. Die SPD wird sich dafür einsetzen, diese Möglichkeit in der Gemeindeordnung zu verankern.

Innerhalb einer sozialdemokratischen Landesregierung wird eine Staatssekretärin für Frauenfragen beim Ministerpräsidenten auf die Durchsetzung gleicher Rechte achten - in einer Landesregierung, der weitere zwei Frauen angehören sollen.

Die Regionen des Landes gleichmäßig entwickeln

Der Ausbau und die Verbesserung der Infrastruktur schaffen gleiche Chancen für alle Regionen unseres Landes. Jede Form der Zentralisierung, insbesondere bei öffentlichen Dienstleistungen und Unternehmen, steht dem Ziel der Gleichwertigkeit von Lebensverhält-

nissen in allen Teilen des Landes entgegen.

Regionale Strukturpolitik muß für eine gleichmäßige Versorgung mit Schulen, Ausbildungsplätzen, kulturellen Einrichtungen und Freizeitangeboten sorgen. Diese Voraussetzungen sind nicht erfüllt. Ohne sie kann eine aktive Förderung der Wirtschaftsstruktur und eine Stärkung der schon vorhandenen Betriebe in einer Region nicht erreicht werden.

Wir halten an unserem Ziel fest, die Wirtschaftsförderung des Landes neu zu organisieren und Betrieben, die mit öffentlichen Mitteln angesiedelt werden, entsprechend klare Auflagen für die langfristige Schaffung von Arbeitsplätzen zu machen.

Jede Entwicklung in den Regionen des Landes ist abhängig vom Ausbau der Infrastruktur. Dazu zählen nicht nur die öffentlichen Einrichtungen, sondern auch der Zugang zum überregionalen Verkehrsnetz auf Straße und Schiene sowie zu den Kommunikationstechnologien.

Die derzeitige Vereinbarung zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und der Deutschen Bundesbahn über die Zukunft der Bahnstrecken ist unbefriedigend. Mit neuen Verhandlungen muß das Ziel einer Garantieerklärung für das Streckennetz der Deutschen Bundesbahn erreicht werden. Dabei stehen im Vordergrund die Pflege des vorhandenen Streckennetzes sowie die Modernisierung von Strecken durch Elektrifizierung.

Insbesondere wird eine sozialdemokratische Landesregierung darauf achten, daß ein Teil des Güterverkehrs auf Schiene und Binnenschiffahrt verlagert wird.

Wir treten nachdrücklich dafür ein, daß die rheinland-pfälzische Speditionswirtschaft nicht durch ausländischen Druck konkurrenzunfähig gemacht wird. Jede Öffnung, zum Beispiel im Bereich der Binnenschiffahrt oder des LKW-Verkehrs, muß verbunden sein mit gleichen Sicherheitsauflagen und gleichen Kostenbelastungen für Gefahrengut-Transporte, Lenkzeiten und technische Wartungsvorschriften.

Für ein an Handel und Export so stark orientiertes Land wie Rheinland-Pfalz ist der Zugang zu neuen Kommunikationstechnologien im Geschäftswesen von zentraler Bedeutung. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird darauf achten, daß dieser Zugang in allen Regionen des Landes gleichermaßen geöffnet wird und nicht auf die Zentren beschränkt bleibt.

Infrastrukturpolitik in Rheinland-Pfalz wurde in den letzten Jahren vor allem als Verkehrspolitik verstanden. Der Ausbau des überörtlichen Straßennetzes kann mit wenigen Ausnahmen als abgeschlossen gelten.

Eine sozialdemokratische Landesregierung wird darauf achten, daß die Zersiedelung und Versiegelung der Landschaft nicht weiter zunimmt. Wegen der vielfältigen Auswirkungen sollen Verkehrswege nur dann gebaut werden, wenn ihre Umweltverträglichkeit zuvor eingehend geprüft wurde.

Schwerpunkte im Bereich des Landes sind der Bau von Ortsumgehungen, soweit sie verkehrstechnisch und wegen der Verkehrsbelastung notwendig sind, sowie auf dem Ausbau von Ortsdurchfahrten. Sie müssen jeweils mit Rücksicht auf die Betroffenen und auf die betroffene Umwelt geplant und gebaut werden. Vor allem Wohngebiete müssen vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Der Neubau zusätzlicher Landesstraßen kann auf wenige Ausnahmen beschränkt bleiben.

Der Radwegebau wird intensiviert. Seine Planung orientiert sich an der Topographie und raumordnerischen Belangen. Zielpunkte in der Fläche sind Mittelzentren mit ihrem Angebot an Dienstleistungseinrichtungen öffentlicher und privater Art.

Wir streben eine Beteiligung des Landes am Bau und Betrieb von leistungsfähigen Straßenbahn- und Bussystemen an. Verkehrsverbünde sind dafür Voraussetzung. Sie führen den Berufs-, Schul- und Pendlerverkehr in der Fläche unter Einschluß aller Verkehrsträger zusammen. Dieser öffentliche Personennahverkehr kann die ihm gestellten Aufgaben nur erfüllen, wenn sich alle Gebietskörperschaften ihrer Verantwortung bewußt sind:

- der Bund insbesondere durch seine Verantwortung für die Deutsche Bundesbahn, durch eine angemessene Verkehrsbedienung der Fläche und durch Förderung von Investitionen;
- das Land durch seine verkehrspolitische und landesplanerische Verantwortung, die Förderung von Investitionen und die teilweise Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Lasten;
- die kommunalen Gebietskörperschaften durch ortsnahes Koordinieren, konkrete Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs und Beachtung der jeweiligen Finanzverantwortung.

Technischen Wandel nutzen

Vor uns liegen Chancen und Risiken. Wir wollen technischen Wandel für sozialen Fortschritt, den Schutz der Umwelt und neue Arbeit nutzen.

Wohlstand für alle, soziale Gerechtigkeit, innerer Frieden und eine zukunftsträchtige Energie- und

Umweltpolitik sind untrennbar verbunden mit sozial verantworteter wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und wissenschaftlichem Fortschritt.

Die Umsetzung technologischer Entwicklungen in nutzbare und nützliche Produkte und Dienstleistungen ist eine Daueraufgabe der Wirtschaft. Die Politik soll hierfür die Grundlagen sichern, Ziele formulieren und Grenzen setzen. Der technische Fortschritt stößt dort auf seine Grenzen, wo Umweltgefahren drohen, wo Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer gefährdet werden, wo das Recht auf die Verfügung persönlicher Daten (informationelle Selbstbestimmung) der Menschen nicht gewährleistet ist. Zur Anpassung der Wirtschaft an den technischen Fortschritt, zu Veränderungen der Produktionsbedingungen und zu dem sich wandelnden Wettbewerb gibt es keine Alternative. Auch beschäftigungs- und sozialpolitische Überlegungen führen zur Annahme der technischen Herausforderungen. Unsere Technologiepolitik wird sich an folgenden Kriterien orientieren:

- zivile Anwendung

- umweltverträglich durch Einsparung von Energie und Rohstoffen, geringe Belastung der Umwelt und Möglichkeiten zur Wiederverwertung der Rohstoffe

- arbeitnehmerfreundlich durch verbesserten Rationalisierungsschutz, Gesundheitsverträglichkeit und Betriebssicherheit, die Förderung qualifizierter und abwechslungsreicher Arbeitsinhalte und die Schaffung qualifizierter Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei der Einführung von neuen Technologien.

Um diese Ziele zu erreichen, wird ein eigenständiges Ministerium für Wissenschaft und Technologie gebildet.

Technischer Wandel muß zu sozialem Fortschritt genutzt werden. Technischer Wandel kann nicht durch staat-

liches Handeln unterbunden werden. Das würde die Innovationsfähigkeit und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gefährden. Technischer Fortschritt ist zudem eng an das öffentliche Bildungswesen und die staatliche Technologieförderung gebunden. Unser Ziel ist, die Rahmenbedingungen für wettbewerbsfähiges, arbeitsplatzschaffendes und umweltverträgliches Wirtschaften zu schaffen. Wir fördern deshalb besonders umweltfreundliche und ressourcenschonende Technik.

Beispiele für unsere Technologiepolitik sind:

- der Ausbau der bio-wissenschaftlichen Forschung in den Fachbereichen Biologie, Chemie, Medizin und Physik an der Universität Mainz zu einem zweiten bio-technologischen Schwerpunkt;
- der Aufbau eines Lehrstuhls für Arbeitsmedizin und Humanisierung der Arbeit;
- der Aufbau eines geistes- und sozialwissenschaftlichen Schwerpunktes "Technik und Forschung" in Trier;
- die Schaffung eines anwendungsorientierten werkstofftechnischen und materialwissenschaftlichen Schwerpunktes an der Fachhochschule Rheinland-Pfalz in Koblenz in Kooperation mit universitären Forschungseinrichtungen in Kaiserslautern und Mainz;
- die Einbeziehung der Industrie im Großraum Koblenz-Neuwied einschließlich der keramischen Industrie des Westerwaldes und der Edelsteinindustrie in dieses Vorhaben;
- die verstärkte Forschung im Hinblick auf Verbundstoffe und die faserverstärkten Kunststoffe in Zusammenarbeit mit der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt unter Berücksichtigung des Flugzeugbaues in Speyer;
- die Einbeziehung der Universität Kaiserslautern in Forschung und Entwicklung für "künstliche Intelligenz";

- die Schaffung eines Schwerpunktes für die Schuh- und Schuhmaschinenindustrie beim Prüf- und Forschungsinstitut für Schuhindustrie in Pirmasens mit dem Ziel von Kostensenkung und Wettbewerbsverbesserung durch computergestütztes Design und entsprechende Herstellung;
- die Prüfung der Frage, ob das Motorsportzentrum Nürburgring zu einem Versuchszentrum für umweltfreundliche Kraftfahrzeugtechnologien ausgebaut werden kann;
- die Erprobung und Entwicklung von Individualkommunikation über Breitbandkabel, auch zur Sicherung des Medienstandortes Ludwigshafen.

Jede technische Modernisierung hat Konsequenzen für die Bildungswege. Technischer Wandel muß deshalb mit neuen bildungspolitischen Anstrengungen einhergehen. Ihr Ziel ist soziale Chancengleichheit und pädagogische Förderung nach Fähigkeit und Neigung. Wir verweisen auf die besondere Bedeutung der beruflichen Bildung und der Weiterbildung.

Fast alle Beschäftigten werden im Laufe ihres Berufslebens weitreichende Veränderungen ihrer Berufswelt erfahren. Wir bejahen deshalb die Nutzung moderner Technologien in Verbindung mit einer erweiterten Mitbestimmung der betroffenen Arbeitnehmer. Eine SPD-geführte Landesregierung wird deshalb den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften in der Wirtschafts- und Technologiepolitik des Landes den gleichen Einfluß auf öffentliche Förderung und regionale Planung einräumen, wie dies die Kammern von Industrie, Handel und Handwerk praktisch haben.

III. Wir wollen eine kinderfreundliche Umwelt und gleiche Chancen für die Zukunft

Kindern und Familien helfen

Unsere Einstellung zu Familie und Kind ist entscheidend für die Zukunft unseres Landes. Für Familien soll es leichter fallen, sich für Kinder zu entscheiden. Deshalb wollen wir eine kinderfreundliche Umwelt.

Die Sorge um die Unverletzlichkeit des Lebens hat durch die Möglichkeiten der Gentechnologie eine neue Dimension erhalten. Jede genetische Manipulation an Keimzellen und die Forschung an menschlichen Embryonen ist gesetzlich zu verbieten. Dies ist eine unserer zentralen Aufgaben der kommenden Jahre. Dem Schutz des geborenen und des ungeborenen Lebens gilt unsere besondere Sorge. Die hohe Zahl der Schwangerschaftsabbrüche kann man nicht über das Strafgesetzbuch vermindern. Bestrafung ist keine Antwort auf die Sorgen und Nöte schwangerer Frauen. Wir halten die geltenden gesetzlichen Regelungen für bewährt und widersprechen den verschiedenen Absichten, sie zu ändern. Durch entsprechende Hilfe und Beratung von Staat, Gemeinden und freien Trägern wollen wir Chancen eröffnen, sich für Kinder zu entscheiden.

Die Kindersterblichkeit von Neugeborenen in Rheinland-Pfalz ist immer noch zu hoch. Kindersterblichkeit, Behinderung von Kindern aufgrund von Ereignissen während der Schwangerschaft und der Geburt bedürfen einer intensiven Erforschung und der notwendigen Vorsorge im Gesundheitswesen.

Wir treten für eine Fortentwicklung der Kinderkliniken zu Kinderzentren ein. Unser Ziel ist, daß Eltern bei ihren erkrankten Kindern in einer Klinik bleiben

können, um sie zu betreuen und zu versorgen. Entsprechende Abteilungen sollen von der Ausnahme zur Regel werden.

Eine sozialdemokratische Landesregierung wird sich im Bund für ein einheitliches Kindergeld einsetzen und die sozialen Leistungen des Landes für Familien an den Einkommen orientieren. Wir lehnen jede finanzielle Förderung von Familien ab, die durch Steuerfreibeträge eine immer höhere Entlastung für höhere Einkommen bewirkt.

Mit Kindergärten praktisch fördern

Wie viele Kinder in einer Gruppe des Kindergartens oder in einer Schulklasse sind, wie lang der Weg zum Kindergarten und zur Schule ist - solche Bedingungen des Alltages sind keine statistischen Größen. Sie entscheiden mit, ob sich Zuwendung und Engagement von Eltern und Erziehern ungehindert entfalten können.

Gemeinsam mit den Kommunen und den freien Trägern wollen wir für ein ausreichendes Angebot an Kinderkrippen, Kinderhorten und solchen Kindergärten sorgen, die ganztägig geöffnet sind - im Interesse der Kinder und als konkrete Hilfe für berufstätige Eltern. Dieses Angebot muß durch Tagesmütter für die Betreuung von Kindern ergänzt werden.

Kindergärten müssen in der Lage sein, schon frühzeitig Nachteile auszugleichen. Dazu bedarf es einer besonderen finanziellen Förderung, um gezielte Hilfen - z.B. für behinderte Kinder oder die Kinder ausländischer Bürger - zu ermöglichen.

Ob eine Gesellschaft wirklich solidarisch ist, entscheidet sich an ihrer Haltung gegenüber Behinderten. Für sie muß schon im Kindergarten, später in der Schule der beruflichen Bildung und der Arbeit bis hin zur Alterversorgung Hilfe geboten werden.

Gleiche Chancen für alle Kinder

Durch Bildung werden moralische, intellektuelle, handwerkliche, soziale, kreative und ästhetische Fähigkeiten entfaltet, auf die jeder Mensch sein Leben lang ein Recht hat. Dieser Anspruch auf Bildung darf auch nicht durch eine Orientierung an der späteren beruflichen Verwertung auf dem Arbeitsmarkt verkürzt werden.

Gleiche Chancen im Bildungswesen entwickeln die Zukunft unserer Kinder unabhängig von Geschlecht, sozialer Herkunft und Wohnort. Das verträgt sich nicht mit sozialen Barrieren, weder an den Schulen noch an den Hochschulen. Die CDU hat die Ausbildungsförderung zerstört und im Land noch nicht einmal Lernmittelfreiheit verwirklicht. Beides muß geändert werden.

Eine demokratische und soziale Gesellschaft braucht eine demokratische und soziale Schulform. Kinder sollen von klein auf lernen, miteinander und nicht gegeneinander Leistung zu erzielen, sich gegenseitig zu helfen und zu akzeptieren. Eine menschliche Schule als Lebensraum für Kinder entwickelt alle Fähigkeiten und Neigungen gleichmäßig. Deshalb sollen Kinder gemeinsam länger zur Schule gehen, mindestens bis zum Ende der 6. Klassenstufe. So wird die Grundschule von ihrer Auslesefunktion befreit.

Je jünger die Schüler sind, umso kürzer sollte der Weg zur Schule sein. Wir treten für kleine Klassen ein, aber nicht für die Schaffung neuer Zwergschulen. Wirtschaftliche Gesichtspunkte dürfen nicht zu unerträglich langen Transportwegen für Kinder und Eltern führen. Wir wollen eher die Lehrer zu den Kindern transportieren als die Kinder auf immer längeren Wegen zu den Lehrern.

Wir werden, orientiert an den Einkommen, Lernmittelfreiheit einführen. Knappe Zuschüsse wie bisher, die an der Kinderzahl orientiert sind, führen zu sozialen Ungerechtigkeiten. Wer bei einem oder mehreren Kindern über ein kleines oder mittleres Einkommen verfügt, braucht die Hilfe des Landes mehr als die Familie mit einem hohen Einkommen.

Die unterschiedliche Behandlung von Schülern nach Schularten bei den Fahrtkosten soll entfallen.

Wir streben eine Verbesserung der Unterrichtsbedingungen an. Die Zahl der Schüler in einer Klasse soll 25 möglichst nicht überschreiten. Das verbessert die Förderung des einzelnen. Unterrichtsausfall ist eine Verweigerung von Bildung. Es stehen viele ausgebildete Lehrer zur Verfügung. Ihre Arbeitslosigkeit ist nicht zu verantworten. Hier gilt wie in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes, daß eine gleichmäßige Neueinstellung, verbunden mit tarifrechtlich vereinbarter Arbeitszeitverkürzung, neue Chancen für Beschäftigung eröffnet und einer Überalterung des Lehrkörpers und dem Lehrermangel der 90er Jahre vorbeugt. Die unsozialen kleinen Dienstverträge mit arbeitslosen Lehrern werden sofort aufgestockt.

Die Schule soll offen sein für die Mitwirkung der Eltern und der Schüler. Wir werden dafür die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten erweitern.

Wir wollen von der Gesamtschule als wohnortnaher Schule überzeugen, nicht sie verordnen. Wo Eltern Erfahrungen mit einer Gesamtschule sammeln können, ist der Zuspruch groß. Deshalb werden wir dort Gesamtschulen einrichten, wo die Eltern das wollen. Wir werben für Gesamtschulen, weil sie Schülern und Lehrern Zeit läßt, die Entscheidung für einen bestimmten Bildungsgang auf sicherer Grundlage zu treffen.

Wir werden dafür sorgen, daß im dreigliedrigen Schulsystem die Hauptschulen und berufsbildenden Schulen den Realschulen und Gymnasien in Ausbau und in der Ausstattung nicht nachstehen.

Berufliche Bildung stärken

Sozialdemokraten wollen die gleiche gesellschaftliche Bewertung von beruflicher und allgemeiner Bildung. Aus diesem Grunde setzen wir den erfolgreichen Abschluß einer qualifizierten Berufsausbildung mit dem Abschluß der Sekundarstufe I (Mittlere Reife) gleich. Die erfolgreich abgelegte Meisterprüfung berechtigt zum fachbezogenen Fachhochschulstudium.

Die berufsbildenden Schulen sind in Rheinland-Pfalz sträflich vernachlässigt worden. Unterrichtsausfall, technisch unzureichende Ausstattung der berufsbildenden Schulen und mangelnde finanzielle Hilfe für die Ausstattung mit elektronischen Datenverarbeitungssystemen oder elektronisch gesteuerten Maschinen sind Kennzeichen dafür. Dafür werden wir Mittel des Landes einsetzen, nicht aber für die Förderung beispielsweise von privaten Fernsehversuchen.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird Maßnahmen ergreifen, um allen Jugendlichen ihr Recht auf Ausbildung zu sichern. Dazu gehören qualifizierte Ausbildungsplätze. Die dafür bestehende Förderung werden wir für Industrie, Handwerk und Gewerbe weiterentwickeln. Niemand soll in Zukunft ohne ausreichende Ausbildung in das Arbeitsleben eintreten.

Wir werden an berufsbildenden Schulen, insbesondere in benachteiligten Regionen, für Mangelberufe Vollzeitausbildungsgänge anbieten. Besondere Aufmerksamkeit gilt den Mädchen, deren Berufswahlchancen noch immer

eingeschränkt sind. Mit gezielten Fördermaßnahmen können wir Vorurteile gegen die Arbeit von Mädchen in sogenannten gewerblichen Berufen abbauen.

Die Inhalte der beruflichen Bildung müssen so gestaltet werden, daß eine möglichst breite Grundlagenausbildung erfolgt. Sie ermöglicht den jungen Leuten im Laufe ihres Berufslebens, sich neuen Teilbereichen ihres Berufes zuzuwenden, sich weiter zu qualifizieren und sich den veränderten Herausforderungen in Technik und Gesellschaft zu stellen.

Ausgebildete junge Männer sollen in Arbeitsverhältnisse mindestens bis zur Einberufung zum Grundwehrdienst übernommen werden. Wo dies nicht über Betriebe möglich ist, sollen Beschäftigungs-GmbH's oder ähnliche Arbeitsmöglichkeiten helfen.

Der bezahlte Bildungsurlaub ist für Arbeitnehmer eine Voraussetzung für umfassende Weiterbildung. Auch Weiterbildungsformen, die der Stärkung der sozialen Demokratie dienen und das politische Verständnis fördern, bedürfen der finanziellen Unterstützung durch das Land. Dazu werden wir zunächst den entsprechenden Gesetzentwurf der SPD-Landtagsfraktion verwirklichen.

Die Hochschulen sichern

Hochschulen sind weit mehr als eine Stätte der akademischen Bildung im Anschluß an die Schule. Wir brauchen leistungsfähige Hochschulen, in denen durch Wissenschaft, durch Lehre, Forschung und Weiterbildung die Basis für unsere Zukunft gelegt wird.

Universitäten und Fachhochschulen müssen wir in die Lage versetzen, ihren Aufgaben in Forschung und Lehre besser als bisher nachzukommen. Die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre muß streng beachtet werden,

auch beim Einsatz von Drittmitteln. Autonomie ist die Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Problemen der gesellschaftlichen, technischen und industriellen Entwicklung können wir durch Dialog und über zusätzliche Hilfen erreichen.

Der Zugang zu den Hochschulen soll unbehindert von sozialen Zwängen sein. Wir erwarten vom Bund eine Wiederherstellung der Ausbildungsförderung. Sogenannte "Elitestudiengänge" werden wir aus den Hochschulgesetzen streichen.

Alle Gruppen der Hochschulen, Professoren, wissenschaftliche Mitarbeiter, nichtwissenschaftliche Mitarbeiter und Studenten müssen angemessen an Entscheidungsprozessen beteiligt sein.

Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (Graduiertenförderung, Stellenstruktur), von zentraler Bedeutung für die Wissenschaft, muß nachhaltiger betrieben werden. Die Benachteiligung von Frauen ist vor allem in bezug auf den akademischen Nachwuchs abzubauen.

Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz dürfen in ihrer Sachmittelausstattung nicht länger das Schlußlicht in der Bundesrepublik bilden. Zusätzliche Mittel für Investitionen, Bibliotheken und Großgeräte sind sowohl für eine breite Förderung als auch schwerpunktmäßige Unterstützung von Lehre und Forschung die entscheidende Voraussetzung.

Die gezielte Förderung im Bereich neuer Technologien muß durch Unterstützung der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften ergänzt werden. Nur so können diese

ihre Aufgabe als eigenständiger Dialogpartner der Naturwissenschaften erfüllen.

Die Zusammenarbeit und Abstimmung der Hochschulen des Landes muß verstärkt werden. Die Probleme der EWH sind nur im Rahmen der gesamten Hochschullandschaft des Landes zu lösen. Wir fordern eine Reform der Lehrerausbildung, die sich an den Schulstufen und nicht an den Schularten orientiert. Die Wettbewerbsfähigkeit aller Hochschulen im Hinblick auf ihr Studienangebot und Forschungsprofil muß mittel- bis langfristig gesichert werden. Die unterschiedliche Aufgabenstellung der Universitäten und der Fachhochschulen darf sich nicht verwischen.

Wir werden für den notwendigen Informationsaustausch zwischen Hochschulen und Wirtschaft (über den Technologietransfer hinaus) bei Forschungsplanung sorgen, der insbesondere im Rahmen der Forschungsförderung durch die EG notwendig wird. Der Austausch von "Köpfen" muß durch begrenzte "Forschungsaufenthalte" von Mitarbeitern aus Gewerkschaft, Industrie, Handel, Verwaltung und Schule in den Hochschulen realisiert werden. Hochschullehrer sollen "Freisemester" nicht nur an Universitäten, sondern auch in anderen Einrichtungen verbringen können.

Mit Hilfe der Hochschulen soll ein Informationssystem aufgebaut werden, das jedem Bürger und allen Bereichen der Gesellschaft kostengünstig Zugriff auf alle öffentlich zugänglichen Datenbanken ermöglicht. Dadurch soll, ähnlich der Einrichtung öffentlich zugänglicher Bibliotheken, der Zugriff zu Wissen und Information nicht einigen wenigen zahlungskräftigen Personen oder Einrichtungen vorbehalten bleiben.

Weiterbildung ermöglichen

Arbeitszeitverkürzung, der rasche Wandel unserer Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie eine immer arbeitsteiliger und komplizierter werdende Welt machen lebenslanges Lernen nötiger denn je. Weiterbildung ist ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Bildungspolitik. Modelle für echte Weiterbildungsstudiengänge aus der Berufspraxis, d.h. nicht allein im Anschluß an ein Erststudium und berufsbegleitende Studienmöglichkeiten sollen zusammen mit den Hochschulen entwickelt werden. Das bestehende Landesgesetz über die Weiterbildung genügt diesen Zielen nicht und wird entsprechend geändert. Gemeinsam mit den Trägern der Weiterbildung und den Gemeinden streben wir auch im finanziellen Bereich eine Verbesserung der Möglichkeiten zur Weiterbildung und beruflichen Fortbildung an.

Jugend und Gesellschaft

Fragen nach der Zukunft der Arbeit, der technologischen Entwicklung, dem gezielten Schutz der Umwelt und der Menschlichkeit unserer Gesellschaft werden in der Jugendpolitik und Jugendhilfe der Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz eine entscheidende Rolle spielen.

Dazu gehören neben der Chance zu einer umfassenden schulischen und beruflichen Bildung vor allem die Möglichkeit einer sinnerfüllten, selbstbestimmten Arbeit.
Jugendliche müssen die Chance und die Freiheit haben, ihre Talente zu entwicklen und eigene Wege durchs Leben zu finden.

Hierzu bedarf es der gesetzlichen Regelung für die Freistellung zur Teilnahme an Bildungs- und Jugendfreizeitveranstaltungen für junge Arbeitnehmer. Die

Förderung für die außerschulische Jugendbildung muß entscheidend verbessert und ein Anspruch auf bezahlten Sonderurlaub für Jugendgruppenleiter eingeführt werden. Nur so können die bestehenden Jugendgruppen ihrer wichtigen Aufgabe auch in der Zukunft gerecht werden.

Diese Jugendverbandsarbeit und die offene Jugendarbeit werden wir gemeinsam mit den Gemeinden stärker fördern.

Für viele junge Menschen ist das Thema Wehrgerechtigkeit von großer Bedeutung. Sozialdemokraten werden dafür eintreten, daß junge Menschen, die ihren Wehr- oder Zivildienst geleistet haben, in ihren weiteren beruflichen Möglichkeiten nicht eingeschränkt werden. Den Wehrdienst oder den Einsatz von Frauen in der Bundeswehr - auch in freiwilliger Form - lehnen Sozialdemokraten ab. Den Zivildienstleistenden kommt im Bereich der sozialen Dienste eine erhebliche Bedeutung zu. Dies muß man den Bürgern unseres Landes deutlich machen, um eine entsprechende Anerkennung auch des Zivildienstes zu erreichen.

Eine SPD-Landesregierung wird bei den Kommunen anregen, Jugendliche stärker als bisher an den für sie bedeutsamen Entscheidungen zu beteiligen. Die Schaffung von Jugendgemeinderäten als Modell für eine stärkere Beteiligung Jugendlicher ist ein Weg in diese Richtung und soll weiterentwickelt werden.

IV. Wir wollen auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit zusammenleben

Soziale Gerechtigkeit ist der Ausdruck von Respekt und Anerkennung gegenüber den Älteren und der Solidarität mit den Schwächeren. Dafür müssen die finanziellen Grundlagen auch dann gesichert bleiben, wenn sich der Zahl nach das Verhältnis zwischen arbeitenden und älteren Menschen verändert.

Die besondere Zuwendung vieler in Krankenhäusern, Sozialstationen, Altenheimen oder in der Hilfe für Schwache und Behinderte gibt unserer Gesellschaft ein menschliches Gesicht. Dafür wollen wir Ermutigung geben, auch durch klare Grundlagen in der Sozialpolitik des Landes.

Neue Grundlagen für soziale Sicherheit schaffen

Der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung steigt. Der Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand beginnt heute schon im 58. Lebensjahr und früher. Wenn Menschen aus dem Erwerbsleben ausscheiden, haben sie noch etwa 20 Lebensjahre vor sich, die sie aktiv, nach eigenen Vorstellungen und auf der Grundlage ihrer Lebens- und Berufserfahrung verbringen wollen.

Materielle Sicherheit ermöglicht ein selbstbestimmtes Leben, auch im Alter. Soziale Leistungen sollen den Lebensstandard im Alter, bei Erwerbsunfähigkeit und bei Arbeitslosigkeit sichern. Die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung und der Bundesanstalt für Arbeit sollen künftig eine soziale Grundsicherung bewirken. Rentenversicherung und Bundesanstalt sollen also neben ihrer Funktion als Versicherung auch die

Aufgabe übernehmen, im Falle nicht ausreichender oder fehlender Versicherungsleistung vor Armut durch zusätzliche Geldleistung zu schützen. Sozialhilfe wird dadurch in aller Regel überflüssig.

Die Leistungen der sozialen Grundsicherung bleiben einkommensbezogen. Dabei wird Einkommen und Vermögen wie heute schon angerechnet. Im Unterschied zur heutigen Sozialhilfe sollen jedoch Unterhaltsverpflichtete (Eltern und Kinder) nicht herangezogen werden, es sei denn, sie leben mit dem Berechtigten tatsächlich in einer Haushaltsgemeinschaft.

Der Verwaltungsaufwand wird durch soziale Grundsicherung wesentlich geringer. Im Unterschied zur heutigen Sozialhilfe wird im engeren Sinne kein individueller Bedarf geprüft, sondern nur Einkommen angerechnet. Die soziale Grundsicherung soll ein menschenwürdiges Leben gewährleisten und soziale Ausgrenzung verhindern. Dazu ist gegenüber der Sozialhilfe ein besseres Niveau der Grundsicherung erforderlich.

Auf diese Weise wollen wir verhindern, daß immer mehr ältere Menschen trotz Rente arm sind.
Wer höhere Ansprüche aus der Rentenversicherung oder aus einer Pension erworben hat, behält diesen Anspruch.

Um die soziale Grundsicherung zu verwirklichen, muß die Rentenversicherung auf eine neue finanzielle Grundlage gestellt werden. Dazu muß der Bund seine Leistungen erhöhen.

Die Beiträge der Arbeitgeber zur Rentenversicherung sollen eine neue Grundlage erhalten. Maschinen und Automaten, die menschliche Arbeitskraft in immer stärkerem Umfang verdrängen, müssen ebenfalls Beiträge zur Sozialversicherung erwirtschaften. Dadurch erhält

die soziale Sicherheit eine breitere und solide Grundlage; die an der Wertschöpfung der Betriebe orientierten Beiträge der Arbeitgeber entlasten zugleich das Handwerk und andere Betriebe, die nicht rationalisieren können.

Wir werden dafür ebenso nachdrücklich eintreten wie dafür, daß die Zeiten der Kindererziehung allen Frauen bei der Rente gleichermaßen anerkannt werden.

Leben im Alter

Nach der Erwerbstätigkeit sollen ältere Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit einer sinnvollen Beschäftigung behalten. Erfahrung, Wissen und Einsatzbereitschaft der Älteren können für die Gesellschaft von großem Nutzen sein. Ältere Menschen sollen gleichberechtigt am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben.

Um möglichst lange ein eigenständiges Leben zu ermöglichen, entwickeln wir neue Wohnformen wie Altenwohnheime und Wohnheimgemeinschaften. Solche Modelle wird eine sozialdemokratische Landesregierung fördern. Dabei sollen die Träger auch auf mobile soziale Hilfsdienste zurückgreifen können, die das Leben in der eigenen Wohnung auch bei eingeschränkter Bewegungsfähigkeit ermöglichen.

Die vorhandenen vielfältigen Beratungsdienste gehen auf die Bedürfnisse der älteren Bürger ein. Das gilt im Bereich der Gesundheitsvorsorge, der Verbraucherberatung und bei der Beratung in sozialen Fragen.

Ältere Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch darauf, von organisierten Diensten und öffentlichen Verwaltungen als gleichberechtigte Partner anerkannt und behandelt zu werden.

Die Sozialstationen leisten einen hervorragenden Dienst. Ihre Tätigkeit unterstützen wir nachdrücklich. Die Sozialstationen und die mobilen sozialen Hilfsdienste helfen älteren Menschen, die nicht im engeren Sinne pflegebedürftig sind und ermöglichen damit eine freie Entscheidung zwischen dem Leben in der gewohnten Umgebung oder dem Wohnen in einem Altenheim.

In Zukunft wird in unserer Gesellschaft eine wachsende Zahl älterer Menschen leben. Daraus entstehen Kosten, die eine Pflegeversicherung erfordern. Eine solche Pflegeversicherung ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Sie kann nicht allein zu Lasten der Solidargemeinschaft der gesetzlichen Krankenversicherung gehen. Dafür werden wir im Bundesrat eintreten. Eine solche Versicherung bringt nicht nur die Kosten für die Pflege alter Menschen - im eigenen Heim oder im Alterspflegeheim - auf, sondern finanziert für die Pflegepersonen aus der eigenen Familie einen Anspruch auf Altersversorgung und Krankenversicherung.

Darüber hinaus sollen für zeitweilig pflegebedürftige Menschen in den Altenheimen entsprechende Betten bereitstehen. Sie ermöglichen zugleich, daß Pflegepersonen im Falle eigener Krankheit oder zur Wiederherstellung und Erhaltung der eigenen Gesundheit, Urlaub oder Kur einplanen können. Solche Möglichkeiten sind Voraussetzung dafür, daß sich auch Familienangehörige für die Pflege alter oder behinderter Menschen in vollem Umfang entscheiden können.

Das Landespflegegeld als Ergänzung der Leistungen des Bundessozialhilfegesetzes hat dabei eine wichtige Funktion. Wir werden prüfen, wie diese Leistungen stärker als bisher am Einkommen orientiert werden können. Die derzeitige gesetzliche Praxis einer Wartefrist von 13 Monaten ist menschenunwürdig.

Selbsthilfe und gegenseitige Hilfe in der Gestaltung der Freizeit werden immer wichtiger. Dazu dienen Altentagesstätten. Eine gezielte Planung des Bedarfes von Altenheimen und Altenheimpflegeplätzen ist Grundlage der Finanzierung dieser Einrichtungen durch das Land.

Für Gesundheit vorsorgen

Eine entscheidende Voraussetzung für die soziale Sicherheit der Menschen in unserem Lande ist eine ausreichende ärztliche, fachärztliche und stationäre Versorgung kranker Menschen. Wir werden darauf achten, daß neben der Behandlung von Krankheiten in zunehmenden Maße die Vorbeugung und gesundheitliche Aufklärung an Bedeutung gewinnen.

Gesundheitspolitik ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die nicht reduziert werden darf auf reine Kostendämpfung. Hohe Reibungsverluste durch weitgehend isolierte Versorgungsbereiche, mangelnde Koordination, Kooperation, Kosten- und Leistungstransparenz und ein unkontrolliertes wachsendes Überangebot an gesundheitlichen Leistungen machen das Gesundheitswesen teuer und bei der Fortsetzung dieses Trends schon mittelfristig unfinanzierbar.

Die ärztlichen Leistungen sollen für den Kranken transparenter sein und einer besseren Kontrolle der Krankenkassen zugänglich werden. Die Kosten des Gesundheitswesens dürfen nicht weiterhin schneller steigen als die allgemeinen Einkommen. Deshalb muß im Bereich der pharmazeutischen Versorgung entscheidendes verändert werden. Den Krankenkassen muß ein Verhandlungsrecht über die Kosten und über die Neuzulassung von Arzneimitteln und medizinischen Artikeln eingeräumt werden.

In Rheinland-Pfalz besteht ein Überhang an Krankenhausbetten. Wir werden dafür sorgen, daß die notwendige Rückführung von Krankenhausbetten in Abstimmung mit den Trägern, den betroffenen Kommunen und dem Personal dieser Häuser vorgenommen wird. Dazu dient auch eine stärkere Mitbestimmung der Krankenkassen selbst. Eine Politik, die diese Probleme auf dem Rücken des ländlichen Raumes und der kleineren Krankenhäuser austrägt, ist unverantwortlich. Regionale Ungleichgewichte in der Krankenhausversorgung sind zu berücksichtigen. Nachdem seit 1977 kein verwertbarer Krankenhauszielplan mehr vorliegt, werden wir unverzüglich einen neuen Zielplan aufstellen. Es ist zu prüfen, inwieweit im Bereich der Akutkrankenhäuser nicht mehr benötigte Betten für die zunehmenden Aufgaben der Alterspflege genutzt werden können.

Neben der medizinischen Versorgung muß in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen die Personalausstattung menschliche Zuwendung ermöglichen. Deshalb dürfen auch sterbende Menschen nicht in die Anonymität von Krankenhauszimmern abgeschoben werden.

Besonderer Beachtung bedarf auch die Behandlung von Menschen mit psychischen Leiden. Die psychiatrischen Kliniken sind deshalb besser auszustatten. An Krankenhäusern der Allgemeinversorgung können psychiatrische Abteilungen angegliedert werden.

Die Versorgung kranker Menschen in den Krankenhäusern muß ergänzt werden durch ein wirksames Rettungswesen. Hier leisten viele Bürger einen unverzichtbaren ehrenamtlichen oder hauptberuflichen Dienst.

Die Niederlassung vor allem von Fachärzten im ländlichen Bereich ist durch gezielte Maßnahmen zu fördern. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den kommunalen Gebietskörperschaften, den Krankenkassen, den kassenärztlichen Vereinigungen und den Trägern von Gesundheitseinrichtungen mit der Landesregierung kann bestehende Schwierigkeiten beseitigen. Eine

sozialdemokratische Landesregierung wird in Einzelfällen, in denen die Niederlassung von Fachärzten auf Schwierigkeiten stößt, mit den berufsständischen Organisationen Kontakt aufnehmen. Dabei werden die Möglichkeiten des Gesetzes über die Weiterentwicklung der Krankenversicherung ausgeschöpft.

Der öffentliche Gesundheitsdienst ist für Gesundheitsaufklärung, -erziehung und -vorsorge immer wichtiger. Zusammen mit der Verbraucherberatung nimmt er zusätzliche Aufgaben, beispielsweise in der Beratung zu gesunder Ernährung, wahr.

V. Wir wollen die wirtschaftliche Kraft des Landes stärken

Handwerk und Mittelstand

Neben erfolgreichen Industrieunternehmen ist die rheinland-pfälzische Wirtschaft durch Handwerk und mittelständische Betriebe stark geprägt. In 38.000 Betrieben werden rd. 260.000 Menschen beschäftigt und 46.000 Jugendliche ausgebildet. Damit stellt alleine das Handwerk 42 % aller Ausbildungsplätze. Im Handwerk wird ein Umsatz von über 25 Mrd. DM erwirtschaftet. Es liegt im Interesse der Stabilität von Ausbildung und Beschäftigung sowie der Qualität von Produktion und Dienstleistung, wenn Handwerk und Mittelstand wirtschaftspolitisch stärker ins Zentrum rücken.

Besonders notwendig ist eine Verbesserung der Eigenkapitalausstattung der mittleren und kleinen Unternehmen. Eine sozialdemokratische Landesregierung befürwortet die Einführung einer steuerstundenden Investitionsrücklage, die deutliche Anhebung der Kostengrenze für sofort abschreibungsfähige geringwertige Wirtschaftsgüter und die bessere steuerliche Behandlung von wieder investierten Gewinnen. Modelle der Abschaffung der Gewerbesteuer führen nicht nur zur Aushöhlung der gemeindlichen Finanzen, sondern bewirken auch eine erhebliche Verzerrung im Wettbewerb. Denn nur 1 % der Gewerbebetriebe in Rheinland-Pfalz bezahlt schon 63 % des gesamten Gewerbesteueraufkommens. Die Abschaffung der Gewerbesteuer begünstigt im wesentlichen kapital- und ertragsstarke Unternehmen. Wir in Rheinland-Pfalz treten angesichts der Wirtschaftsstruktur unseres Landes für gezielte Entlastungen von Handwerk und Mittelstand ein.

Deren Notwendigkeit wird auch durch die hohe Zahl von Insolvenzen unterstrichen. Das System der Hilfen bei Existenzgründungen, der Förderung neuer Technologien und der Beratung muß gestrafft und von bürokratischer Kompliziertheit befreit werden. Modelle der Zusammenarbeit von Handwerks- und mittleren Betrieben in Arbeitsgemeinschaften für den Einkauf, für die Erledigung größerer Aufträge oder für gemeinsame Zulieferung werden wir fördern, u.a. durch Bürgschaften und gemeinsam mit der Kreditwirtschaft.

Handwerk und Mittelstand können nur begrenzt oder gar nicht rationalisieren. Die Belastung mit Lohnnebenkosten nimmt deshalb für lohn- und beschäftigungsintensive Betriebe zu. Im Interesse dieser Betriebe und zur Sicherung einer dauerhaften Finanzierung der sozialen Gerechtigkeit treten wir für eine Umgestaltung der Arbeitgeberbeiträge ein. Sie sollen nicht mehr an der Lohn- und Gehaltssumme, sondern an der Wertschöpfung der Unternehmen orientiert werden. Das führt zu finanzieller Entlastung der beschäftigungsintensiven Betriebe und zu mehr Wettbewerbsgleichheit gegenüber den ertragsstarken kapitalintensiven Unternehmen (dazu äußern wir uns auch im Zusammenhang mit Fragen der sozialen Gerechtigkeit).

Die rasche technische Entwicklung wird für Handwerk und Mittelstand zu einer großen Herausforderung. Ohne präzise Beratung und den Transfer technischen Wissens können viele Betriebe den technischen Wandel nur schwer bewältigen. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird für stärkeren Informationsaustausch zwischen Universitäten, Fachhochschulen und dem Handwerk auf der Grundlage betrieblicher und beruflicher Belange sorgen. Dem Informationsaustausch innerhalb

des Handwerkes dient auch die Durchführung einer Handwerkermesse in Rheinland-Pfalz.

Die Beratung, Unterstützung und Förderung der Wirtschaft muß gestrafft und konzentriert werden. Gemeinsam mit den Kammern des Handwerkes, der Industrie und des Handels werden wir - auch zur Koordination der Förderprogramme des Bundes und der EG - ein "Haus der Wirtschaft" anstreben.

Die Maßnahmen zur Sicherung der Investitionskraft und der Wettbewerbsfähigkeit von Handwerk und mittleren Betrieben müssen ergänzt werden durch eine konsequente Bekämpfung der illegalen Leiharbeit und der Schwarzarbeit. Dazu werden wir gemeinsam Initiativen mit den zuständigen Bundesbehörden, der Gewerbeaufsicht, den Arbeitsämtern und Krankenkassen ergreifen.

Eine sozialdemokratische Landesregierung wird Vorschriften erlassen, die die Vergabe öffentlicher Aufträge für die heimische Wirtschaft wettbewerbsgleich regeln.

Wir werden eine Verschärfung der Vorschriften, insbesondere in der Baunutzungsverordnung, anstreben, um den Verdrängungswettbewerb von großen Einkaufsmärkten insbesondere gegenüber Handwerk und Einzelhandel zu stoppen. In über 1.000 rheinland-pfälzischen Gemeinden fehlen heute schon Einzelhandelsgeschäfte, z.B. Bäckereien oder Metzgereien. Mit Hilfe des Kartellrechtes und der Regionalplanung werden wir dazu beitragen, daß die Verbraucher auch in Zukunft ein vielfältiges Angebot vorfinden und der Fortbestand selbständiger Handwerks- und Handelsbetriebe gewährleistet wird.

Unsere Politik zur Förderung der Wirtschaft ist an den Regionen und den dort vorhandenen Kräften ausgerichtet (dazu nehmen wir im einzelnen Stellung im Zusammenhang mit unseren regionalpolitischen Vorschlägen).

Eine sozialdemokratisch Landesregierung wird außerdem Initiativen dafür ergreifen, daß die Ausbildungsleistung der Betriebe angemessen berücksichtigt wird. Dazu gehört eine gerechtere Verteilung der Ausbildungskosten. Der finanzielle Vorteil soll bei den Betrieben, die nicht ausbilden wollen, abgeschöpft werden.

Die Landwirtschaftspolitik umstellen

Landwirtschaft, Wein- und Gartenbau sichern die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu angemessenen Preisen, erhalten die Kulturlandschaft und sind damit eine wichtige Existenzgrundlage ganzer Regionen.

Die Einkommenslage in der Landwirtschaft hat sich in den vergangenen Jahren stetig verschlechtert; zahlreiche Betriebe kämpfen um ihre Existenz. 1960 wurden in Rheinland-Pfalz noch 168.000 landwirtschaftliche Betriebe gezählt, 1985 waren es nur noch 58.500 Betriebe. Fehlentwicklungen in der Landwirtschaft hängen unmittelbar mit Versäumnissen im eigenen Land und mit Fehlentwicklungen der europäischen Agrarpolitik zusammen. Deren Subventionssystem provoziert hohe Überschüsse, ohne daß für viele landwirtschaftliche Familienbetriebe die Existenzgrundlage gesichert wurde. Sie ist für den Steuerzahler außerordentlich teuer geworden. Die Landwirtschaftspolitik muß so umgestellt werden, daß angemessene Preise für die erzeugten Produkte und direkte Einkommenshilfen zusammenwirkend die Existenz der Familienbetriebe sicherstellen. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft ist öffentlich zu fördern. Die Landbewirtschaftung im Nebenbetrieb ist in die Förderung einzubeziehen.

Ein typisches Beispsiel verfehlter Agrarpolitik ist die geltende Regelung der Milchquote. Bei deren Verteilung wurde weder auf regionale Besonderheiten (von Natur aus benachteiligte Gebiete in Rheinland-Pfalz rund 60 %), noch auf die wirtschaftliche Situation des einzelnen Betriebes Rücksicht genommen. Auch der nachgeschobene Härteausgleich konnte diesen Mangel nicht beheben. Für die restliche Dauer der Milchkontingentierung wird eine sozialdemokratische Landesregierung sich dafür einsetzen, daß es zu einer regionenbezogenen Quote kommt, um insbesondere die benachteiligten

Betriebe, die keine Produktionsalternative haben, in ihrer Existenz zu sichern. Um das Herauskaufen von Quoten aus diesen Regionen zu verhindern, sind wir gegen eine freie Handelbarkeit von Milchquoten. Noch notwendige Quotenkürzungen sind nach regionalen, ökologischen und sozialen Gesichtspunkten zu differenzieren. Nach gleichen Gesichtspunkten ist ein längerfristiger Einkommensausgleich für Quotenkürzungen zu staffeln.

Alle konkreten einzelnen Maßnahmen der Agrarpolitik müssen an einer flächengebundenen Landwirtschaft ausgerichtet sein. Wir müssen die gesunden Familienbetriebe vor den Agrarfabriken sichern. So werden die ökonomischen und die ökologischen Interessen am besten in Übereinstimmung gebracht.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe kann durch Formen der Kooperation - wie mit den Maschinenringen erfolgreich begonnen - gestärkt werden. Auf diese Weise werden Betriebsmittel und Kapital sparsam und rationell eingesetzt und den Landwirten zugleich Freiraum, etwa für Fortbildung, Kur oder Urlaub, geschaffen.

Eine sozialdemokratische Landesregierung wird neue Produkte und Vermarktungsformen fördern. Dazu ist die Zusammenarbeit mit den entsprechenden Institutionen der Agrarwirtschaft notwendig. Allerdings wird eine verstärkte Erzeugung und Verwendung von nachwachsenden Rohstoffen die Agrarkrise nicht lösen. In vielen Fällen entstehen neue Umweltrisiken durch Monokulturen. Deshalb werden wir solche Vorschläge nur verfolgen, wenn die beschriebenen Mängel vermieden werden können.

Wir werden die Beratung landwirtschaftlicher Betriebe erweitern und auf eine solidare landwirtschaftliche

Sozialpolitik hinwirken. Weitere Elemente der Einkommenssicherung sind die Abgeltung von Leistungen im Naturschutz und in der Landespflege sowie die Sicherung der Hofnachfolge durch ein Programm für Junglandwirte. Gegebenenfalls auch durch ein vorgezogenes Altersgeld für Landwirte.

Landwirtschaft und Naturschutz sind genauso wenig Widersprüche wie Arbeit und Umwelt. Dem muß das Land auch in der Flurbereinigung Rechnung tragen. Die Forderungen des Naturschutzes und der Landespflege müssen bei Flurbereinigungsverfahren stärker beachtet werden, wie etwa Sicherung von Biotopen, Feuchtwiesen, Mooren usw. Grünland soll möglichst nicht umgebrochen werden.

In Rheinland-Pfalz werden etwa 50 % der Fläche landwirtschaftlich genutzt, zusammen mit der Forstwirtschaft mehr als 85 %. Eine umweltverträgliche Landwirtschaft mit stärkerer Bindung an die Fläche hat deshalb besondere Bedeutung. Sie schützt die Böden und Gewässer und wirkt dem Verlust von Tier- und Pflanzenarten entgegen. Sie kann auf chemische Pflanzenbehandlung weitgehend verzichten und den biologischen Pflanzenschutz wirksam einsetzen. Ein natürliches Verhältnis von Tierbesatz zur Nutzfläche wirkt der Konzentration bei der Tierhaltung und einem übermäßigen Einsatz von chemischem Dünger entgegen. Ein natürlicher Wechsel in der Fruchtfolge verhindert ebenso die einseitige Ausbeutung der Böden wie sie der Erosion und der Bodenverdichtung entgegenwirkt. Bäuerliche Betriebe sind bei der Umstellung auf ökologischen Landbau und natürliche Tierhaltung zu fördern.

Den Winzern direkt helfen

Die ungewöhnlich schwierige Lage im Weinbau erfordert Sofortmaßnahmen. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird zur Stabilisierung des Marktes und der Preise die notwendigen Maßnahmen ergreifen, damit der wirtschaftliche Druck und damit der Zwang zum Verkaufen im Herbstgeschäft drastisch gemindert wird. Wir werden den Bürgschaftsrahmen deutlich erweitern, damit Winzern bei der Rettung existenzgefährderter

Betriebe wirksam geholfen wird. Damit sollen sowohl Investitionen wie Betriebsmittel abgesichert werden. Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Kraft der Betriebe ist vor allem dann vordringlich, wenn damit auch die Betriebsnachfolge an Jungwinzer gesichert werden kann.

Wir werden die Förderpolitik des Landes auf die Erzeuger und ihre Belange umstellen. Der Einstieg in die Genossenschaften und echte Erzeugergemeinschaften soll erleichtert werden.

Maßnahmen zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz im Weinbau müssen einhergehen mit einer Wiederherstellung des Vertrauens in den deutschen Wein. Dazu ist ein langfristiges Konzept notwendig. Kurzatmige Werbeaktivitäten dienen diesem Ziel nicht. Eine langfristige Sicherung der Qualität ist nur möglich, wenn es gleiche Wettbewerbsbedingungen gegenüber dem Auslandswein gibt. Wir werden die schweren Versäumnisse bei der Kontrolle des Auslandsweines aufarbeiten. Die Einhaltung bestehender Gesetze ist wichtiger als ständig neue Vorschriften.

Maßnahmen zur Sicherung von Qualität und Preis im Weinbau (wie überlagerungsfähige, differenzierte Ertragsregelungen oder Kontrollzeichen, die flächenbezogene durch verkaufsorientierte Abgaben ersetzen), müssen verbunden werden mit besonderen Hilfen (z.B. beim Steillagenweinbau) und einem langfristigen Marketingkonzept, das Fremdenverkehr und Gastronomie einbezieht.

Wer mit betrügerischen Manipulationen die Existenz anderer gefährdet, soll hart bestraft werden. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird Vorschläge zur vollständigen Abschöpfung betrügerischer Gewinne im Bundesrat einbringen.

Eine sozialdemokratische Landesregierung wird sich bei ihrer Weinbaupolitik am Sachverstand der Winzer und ihrer Verbände orientieren. Sie wird deshalb eine qualitätsorientierte Weinbaupolitik im Interesse der Winzer und ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten auf der Grundlage der Saarbrücker Leitsätze entwickeln, die gemeinsam mit Winzern und ihren Verbänden formuliert wurden. Ausführlich informiert darüber das detaillierte Programm der SPD zur Weinbaupolitik, das sich in zahlreichen Initiativen im Landtag Rheinland-Pfalz niederschlug.

Der Wald ist Erholungsraum

Der Wald hat für Mensch und Umwelt eine Schutzfunktion und dient zugleich als Erholungsraum. Nur eine gezielte Politik der Luftreinhaltung kann Schäden im Wald begrenzen und vermindern, forstliche Maßnahmen sollen den Bestand erhalten und erweitern. Dazu sollen Monokulturen stärker durch Mischkulturen mit erheblich höherem Anteil an Laubbäumen ersetzt werden. Das dient auch der Artenvielfalt. Auf großflächige Kahlschläge aus Gründen der Rentabilität soll verzichtet werden.

Wir treten für eine gleichrangige Förderung der Bewirtschaftung des nichtstaatlichen Waldes durch das Land ein. Seine Funktionen lassen sich unter der Last lebensbedrohender Schadstoffe nicht mit dem bisherigen Instrumentarium alleine sichern. Deshalb wollen wir die notwendigen und möglichen Vorsorgemaßnahmen (z.B. Stärkung der biologischen Schädlingsbekämpfung, Qualitätssicherung von resistenten Saatgut, gezielte Forstschadensforschung) im Landesforstgesetz verankern.

Die Aufforstung von Brachland ist die beste Möglichkeit einer wirtschaftlichen Folgenutzung. Dabei sind bestimmte Flächen (z.B. Talauen) freizuhalten.

Das Gemeinschaftsforstamt zur gleichzeitigen und gleichwertigen Bewirtschaftung des Staats- und Kommunalwaldes und zur Betreuung des Privatwaldes hat sich bewährt und ist zu erhalten.

Das Landesrecht legt den Waldbesitzern Pflichten zur Sicherung der Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes auf. Die dadurch entstehenden Kosten sollten daher auch von der Allgemeinheit getragen werden. Sie entsprechen etwa den Kosten für den Revierdienst.

Den Fremdenverkehr entwickeln

Der Fremdenverkehr ist für Rheinland-Pfalz ein wichtiger Wirtschaftszweig, seine Erhaltung und Förderung ist aktive Mittelstandspolitik. Schönheit und Vielfalt des Landes sind die natürlichen Voraussetzungen für den Fremdenverkehr in Rheinland-Pfalz.

Eine sozialdemokratische Landesregierung wird durch gezielte Entwicklungs- und Erneuerungmaßnahmen, eine sorgfältig mit den Belangen der Umwelt abgestimmte Verkehrspolitik und Infrastrukturpolitik die Grundvoraussetzungen für den Fremdenverkehr erhalten. In Abstimmung mit den Gemeinden und den Betrieben sind die Angebote an Fremdenzimmern so zu modernisieren, daß sie den heutigen Anforderungen genügen.

Dabei ist darauf zu achten, daß neue Anlagen für Freizeit und Tourismus einer Prüfung ihrer Umweltverträglichkeit unterworfen werden.

Zur Unterstützung des rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrs werden wir ein ausgereiftes Konzept der Werbung und des Marketings entwickeln, das sich an den regionalen Unterschieden unseres Landes orientiert. Die Zukunft des Fremdenverkehrs in Rheinland-Pfalz ist nicht der Massentourismus, sondern liegt in einem gezielten Angebot für Erholungssuchende und für Menschen, die ihren Urlaub in der Bundesrepublik Deutschland verbringen wollen. Das Angebot für Aktiv- und Kurzurlaub muß deutlich verbessert werden.

Dabei sind die besonderen Vorzüge von Rheinland-Pfalz (Klima, Weinbau, große Waldflächen, Natur- und Baudenkmäler, landschaftliche Vielfalt, besonders gute und reichhaltige Küche usw.) auf Messen für den Fremdenverkehr stärker herauszustellen. Werbung für den Fremdenverkehr und andere Wirtschaftszweige, insbesondere den Weinbau muß intensiver und koordiniert betrieben werden.

VI. Wir wollen persönliche Freiheit sichern und ausbauen

Demokratie in den Gemeinden

Demokratie wird in der Gemeinde erfahren. Sie soll weder durch eine falsche Aufgabenverteilung und bürokratische Einengung, noch durch mangelnde Finanzgrundlagen eingeschränkt werden. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird deshalb das Verhältnis staatlicher und kommunaler Aufgaben zu Gunsten der Gemeinden neu ordnen. Sie wird dabei strikt die Verpflichtung einhalten, durch Landesgesetze verursachte Kosten den Gemeinden voll zu ersetzen. Sie wird die Eigenverantwortung der Gemeinden stärken und deshalb Zweckzuweisungen in frei verwendbare Investitionszuweisungen verändern. Dabei muß der Finanzausgleich des Landes für die Gemeinden kalkulierbar bleiben. Er darf sich nicht an den Notwendigkeiten des Landeshaushaltes, sondern muß sich an den Steuereinnahmen des Landes orientieren.

Kommunale Selbstverwaltung lebt von der Stärkung des Ehrenamtes. Mandatsträger müssen durch ein Mandatssicherungsgesetz besser geschützt werden. Viele Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in Vereinen und übernehmen an anderer Stelle Aufgaben für die Gemeinschaft. Dies verdient Achtung und Anerkennung. Eindrucksvolle Beispiele dafür finden sich bei den Feuerwehren und dem Katastrophenschutz.

Eine sozialdemokratische Landesregierung wird sich dafür einsetzen, daß ehrenamtliches Engagement frei wird von bürokratischer Gängelung. Ein Beispiel dafür sind die engen Vorschriften der Vereinsbesteuerung, ein anderes die noch nicht verwirklichte Gleichstellung von Vereinen mit eigenen Anlagen. Wir werden deshalb vorschlagen, das Sportförderungsgesetz entsprechend zu erweitern.

Wir wollen die Mitverantwortung der Bürgerinnen und Bürger stärken und deshalb ihre Wahlmöglichkeiten erweitern. Dazu streben wir unter anderem an, daß Landtagsabgeordnete

direkt gewählt werden können. Der staatliche Landrat ist ein bundesweit einmaliges Relikt. Er hat keine Berechtigung mehr und soll künftig vom Kreistag gewählt werden.

Die Erfüllung der gemeindlichen Aufgaben hängt eng zusammen mit der notwendigen aktiven Beschäftigungspolitik. Der stark angestiegene Aufwand an Sozialhilfeleistungen hindert die Gemeinden an aktiven Investitionen. Solche Investitionen erhöhen die Attraktivität der Städte oder stellen sie wieder her, sichern die vorhandene Bausubstanz und verbessern das gesamte Umfeld des Wohnens und Arbeitens. Stadtsanierung, Dorferneuerung, verkehrsberuhigte Zonen, Rad- und Fußgängerwege, Grünflächen und Spielmöglichkeiten für Kinder - alle diese Maßnahmen hängen ab von der Fähigkeit der Gemeinden zu kontinuierlichen Investitionen. Deshalb darf sich das Land beispielsweise nicht aus den Hilfen zur Stadtsanierung zurückziehen. Die Mittel für Maßnahmen der Dorferneuerung müssen zusammengefaßt, erhöht und in einem wesentlich einfacheren Verfahren den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Wir werden darüberhinaus Schluß machen mit der Gängelung der Selbstverwaltung durch Verwaltungsvorschriften und Richtlinien.

Investitionen können nicht nur über Gebühren finanziert werden. Das Land darf sich nicht zu Lasten der Bürger aus der Finanzierung großer Gemeinschaftsaufgaben wie Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung zurückziehen. Das neue Kommunalabgabengesetz ist bürokratisch und schafft große Ungerechtigkeiten. Wir werden dieses bürgerfeindliche und gebührentreibende Gesetz sofort ändern, denn der Bürger ist weder Bürobote noch bloßer Gebührenzahler.

Selbstverwaltung in den Gemeinden ist ohne kommunale Finanzautonomie und diese ohne die Gewerbesteuer nicht denkbar (siehe auch unsere Vorschläge für Handwerk und Mittelstand). Wer die Gewerbesteuer abschafft, müßte andere Steuern erhöhen. Das ist wirtschaftlich und sozial ungerecht und wird von

Weitere kommunalpolitische Grundsätze sind in dem Wahlprogramm der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Rheinland-Pfalz enthalten.

Freien Raum für Kunst und Kultur ausbauen

Kunst ist eine notwendige Äußerung menschenwürdigen Lebens, unentbehrliche Gegenkraft gegen Abstumpfung und Vereinsamung des Alltages. Sie lebt vom Engagement, der Eigenwilligkeit, Radikalität und Verschiedenartigkeit von Menschen und ihrer Sehnsucht nach Schönheit, Sinnlichkeit, Freiheit und Glück. Kunst und Kultur drücken die schöpferische Kraft unserer Gesellschaft aus. Der öffentliche Zugang und die aktive Teilhabe der Bürger lassen die Kulturgüter der Vergangenheit und die kulturellen Leistungen der Gegenwart lebendig werden. Soziale Veränderungen und lebendige Kulturen entwickeln wechselseitig Kunst und Kunstauffassungen, die Parteipolitik nicht reglementieren darf. Unser Handeln will die Freiräume für Kunst und Künstler ausbauen.

Aufgabe des Landes ist eine vielseitige, langfristig angelegte Kulturförderung. Sie soll das Gefälle zwischen dem Norden und dem Süden und zwischen den Städten und den übrigen Teilen des Landes verringern und kulturelle Initiativen vor Ort fördern. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird ihre Kulturpolitik durchschaubar und offen gestalten.

Im Rahmen der Kulturhoheit der Länder soll nach unserem Verständnis auch eine angemessene Breitenförderung ermöglicht werden. Sie konzentriert sich nicht nur auf einwohnerstarke Ballungsgebiete, sondern bezieht die ländlichen Räume ein. Das gilt beispiels-

weise für die besorgniserregende Unterversorgung vor allem ländlicher Regionen mit Bibliotheken und Büchereien.

Zugleich orientieren wir unsere Kulturpolitik an der stärkeren Förderung junger Menschen im musisch-künstlerischen Bereich.

Eine sozialdemokratische Landesregierung wird zur Förderung von Kunst und Kultur

- in Rheinland-Pfalz eine Akademie für bildende Kunst und eine Musikhochschule gründen;

- Bibliotheken und Büchereien, aber auch Museen koordiniert entwickeln;
- breite, auch traditionelle Formen von Kunst und Kultur, volkstümliche Kultur und der "Kultur von unten" einbeziehen;
- die Richtlinien für "Kunst am Bau" so ändern, daß bereits mit Beginn der Planung eine Beteiligung von Künstlern gesichert wird;
- den internationalen und innerdeutschen Kunst- und Kulturaustausch nachdrücklich unterstützen und erweitern;
- den Etat zum Ankauf zeitgenössischer Werke der bildenden Kunst, Literatur und Musik verbessern.

Meinungsfreiheit und Medienvielfalt

Meinungsfreiheit und Medienvielfalt, die Freiheit von Informationen und Meinungen in einer Vielfalt der Medien müssen in wirtschaftlicher, technischer und rechtlicher Hinsicht erhalten bleiben. Die Zusammenballung verlegerischer Macht in wenigen Händen gefährdet Meinungsvielfalt. Die zunehmende Kommerzialisierung verflacht die politische Kultur und schränkt Pluralität

ein. Alle Medien unterliegen nach unserem Verständnis der Pflicht zur Information, zur Bildung und zur Unterhaltung.

Sozialdemokraten bejahen das geordnete Nebeneinander von privater Presse und öffentlich-rechtlichem Rundfunk, zu dem jetzt Rundfunk in privater Trägerschaft hinzutritt.

Wir werden das Landesrundfunkgesetz mit dem Ziel ändern

- den Bestand und die Entwicklung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu sichern;
- die notwendige Meinungsvielfalt auch bei privaten-kommerziellen Veranstaltern durchzusetzen;
- offene Kanäle und Kanäle gemeinnütziger Veranstalter einzurichten;
- einheimische Produktionen anzuregen und zu fördern und
- Werbung an Sonn- und Feiertagen abzuschaffen.

Ziel sozialdemokratischer Medienpolitik ist ein Medienstaatsvertrag aller Bundesländer und damit eine einheitliche Medienordnung.

Wir werden die innere Pressefreiheit durch ein reformiertes Landespressegesetz und die darin verankerte Mitbestimmung der Journalisten sichern.

Zeitungen, Zeitschriften und Buch bleiben auch im Zeitalter der elektronischen Medien unersetzbar. Einer einseitigen Fernsehkultur muß mit gezielten medienpädogischen Mitteln entgegengewirkt werden. Lesen muß wieder stärker gefördert werden.

Wir werden uns bemühen, eine weitere Schwächung der einheimischen Filmindustrie zu verhindern und ihre neue Zukunftschancen zu geben.

Der Rechtsstaat ist Grundlage des Zusammenlebens in der Gesellschaft

Lebensqualität entscheidet sich nicht nur am Einkommen. Sie ist auch Ergebnis staatlicher Gerechtigkeit gegenüber dem einzelnen und des gerechten und solidarischen Umgangs der Bürger miteinander. Eine freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie bietet viele Möglichkeiten, politische Ziele zu verfolgen und gesellschaftliche Änderungen zu bewirken. Gewalt ist prinzipiell kein Mittel demokratischer Politik.

Grundsätzlich sollen Meinungsverschiedenheiten zwischen Bürgern möglichst ohne Gerichtsverfahren geklärt werden. Dabei leisten Schiedsmänner wertvolle Arbeit. Sie tragen zum Ausgleich von Interessen bei und stellen den Rechtsfrieden ohne Gerichtsverfahren her.

Gerichtliche Hilfe sollte nur ausnahmsweise in Anspruch genommen werden. Diese Hilfe muß aber für alle Bürger unabhängig von ihrer finanziellen Lage zugänglich sein. Unsere Gerichte müssen personell und sachlich so ausgestattet sein, daß in überschaubarer Zeit Rechtssprechung gewährleistet ist. Die zu lange Dauer von Gerichtsverfahren grenzt an Rechtsverweigerung.

Die angemessene Ausstattung der Ermittlungsbehörden ist eine Voraussetzung zur Wahrung des Rechtsfriedens durch wirksame Verfolgung von Straftaten. Polizei und Staatsanwaltschaften richten ihre Bemühungen am kriminellen Unwertgehalt von Straftaten aus. Beispielsweise zeugen Umweltdelikte von großer krimineller Energie und müssen deshalb schärfer verfolgt werden, als der Fahrraddiebstahl.

Im Strafvollzug müssen personelle Engpässe überwunden

werden. Die Chancen zu einem straffreien Leben in der Gesellschaft muß insbesondere für Jugendliche nach der Strafentlassung verbessert werden. Deshalb soll der "offene Vollzug" ausgebaut werden.

Eine sozialdemokratische Landesregierung versteht Gerechtigkeit und Gemeinwohl als unverzichtbare Voraussetzung für Lebensqualität und wird das gesamte staatliche Handeln daran ausrichten. Dies gilt auch bei der Einstellung und Beförderung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Staates. Das Parteibuch bedeutet keine Qualifikation.

Der Datenschutz des Landes muß sich an der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichtes orientieren. Bestehende Mängel im Datenschutzrecht werden wir beseitigen. Die Überwachung des Datenschutzes soll durch einen unabhängigen, vom Landtag Rheinland-Pfalz gewählten Beauftragten erfolgen.

Unsere Demokratie geht von der Verfassungstreue ihrer Bürger aus. Die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes haben ihr Amt im Sinne der Verfassung wahrzunehmen. Ihre Einstellung erfolgt nach Qualifikation und ohne Regelüberprüfung aller Bewerber. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird den "Radikalenerlaß" nicht anwenden.

Geheime Überwachungs- und Kontrollaktionen verunsichern und schränken die Bereitschaft zu aktiven Engagement der Bürger ein. Deshalb werden wir auch die Vorschriften des Landesgesetzes über den Verfassungsschutz streng an der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichtes orientieren.

<u>Öffentlicher Dienst - dienende Funktion im Staat</u>

Der öffentliche Dienst soll in einem demokratischen und sozialen Staatswesen gleichmäßige Dienstleistungen

für den Bürger und eine durchschaubare öffentliche Verwaltung bewirken. Nur reiche Leute können sich einen armen Staat leisten.

Wir wenden uns deshalb gegen eine Politik, die öffentliche Dienstleistungen privatisiert und der öffentlichen Hand unrentable Bereiche beläßt.

Ziel sozialdemokratischer Politik für den öffentlichen Dienst ist es, die Einteilung in Arbeiter, Angestellte und Beamte in einem ersten Schritt durch eine funktionsgerechte Vereinheitlichung im Tarifbereich zusammenzuführen. Der Einsatz von Beamten soll auf den hoheitlichen Bereich begrenzt werden.

Besoldungs- und Tarifpolitik orientiert sich an den finanziellen Gegebenheiten des Landes, der Aufgabenstellung für den öffentlichen Dienst und dem Gebot einer gerechten Besoldung und Entlohnung. Wir werden die Chancen auf Einstellung für junge Leute erweitern, indem wir Überstunden und nebenberufliche Tätigkeiten abbauen. Beschäftigungs- und Besoldungsprobleme im öffentlichen Dienst dürfen nicht einseitig zu Lasten der jüngeren Bediensteten gelöst werden.
Die zeitlich befristete Herabsetzung der Eingangsbesoldung für Dienstanfänger im öffentlichen Dienst ist eine Benachteiligung junger Menschen, die möglichst bald zu beseitigen ist. Die Genehmigungen zu nebenamtlicher Tätigkeit werden in engen Grenzen erteilt und regelmäßig überprüft.

Aktive und kritische Mitarbeit aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gehören zu einer an den Interessen der Bürger orientierten und sachbezogenen Aufgabenerfüllung. Wer dies erwartet, muß Mitbestimmung und Mitwirkung im innerdienstlichen Bereich ermöglichen. Deshalb werden wir das Landespersonalvertretungsgesetz im Sinne von Mitbestimmung, Mitwirkung und Mitverantwortung reformieren.

Unsere Polizei

Die Polizei in Rheinland-Pfalz leistet eine schwere und wichtige Aufgabe. Aber Rheinland-Pfalz hat im Vergleich mit anderen Bundesländern die geringste Zahl von Polizeibeamten. Das schon 1974 von der Innenministerkonferenz gesteckte Ziel einer Polizeidichte von einem Beamten auf 400 Einwohner hat Rheinland-Pfalz als einziges Bundesland noch immer nicht erreicht. Eine außerordentliche Belastung des einzelnen Beamten ist die Folge. Trotzdem wird unsere Polizei auch noch schlecht bezahlt. Die Landesregierung nützt nicht einmal die bestehenden Beförderungsmöglichkeiten aus.

Die Verbesserung der praktischen Arbeitssituation der Beamten ist wichtiger als ständig neue Gesetze. Dazu gehören:

- die Polizei personell zu verstärken, "Ausbildung auf Vorrat" zu betreiben und mittelfristig eine zusätzliche Ausbildungshundertschaft bei der Bereitschaftspolizei zu stellen;
- die Möglichkeiten der Beförderung bei der Polizei in dem Rahmen zu verbessern, der nach Bundesrecht möglich ist;
- im Dienst bei der Schutzpolizei Frauen verstärkt zu berücksichtigen;
- die Ausstattung der Polizei (Fahrzeuge, Diensträume etc.) zu verbessern.

Wir treten für eine Verbesserung der Kontakte zwischen Bürgern und Polizei ein, denn wir gehen von einem grundsätzlichen Vertrauensverhältnis zwischen Bürgern und Polizei aus. Die Polizei muß für den Bürger sichtbar und ansprechbar sein. Fußstreifen, Entlastung

der Bezirksbeamten von sachfremden Aufgaben und zusätzliche Polizeibeamtinnen und -beamte werden zu diesem Ziel beitragen.

Die SPD tritt dafür ein, daß die Polizei für ihre Arbeit klare Rechtsgrundlagen erhält. Das geltende Polizeiverwaltungsgesetz wird entsprechend dem Entwurf der SPD-Landtagsfraktion verändert.

Die von der CDU aufgestellten Forderungen nach härteren Gesetzen und neuen Waffen belasten das Verhältnis zwischen Bürgern und Polizei. Deshalb lehnen wir diese Forderungen ab. Stattdessen wollen wir eine enge Zusammenarbeit der Länder auf klarer Rechtsgrundlage, um Terrorismus und bundesweit oder international organisierte Kriminalität wirksam zu bekämpfen.

VII. Der Schutz der Umwelt ist Aufgabe aller Bereiche der Politik

Ohne Frieden mit der Natur haben wir und unsere Kinder keine Zukunft. Nie zuvor hat der Mensch in die Natur und ihre Kreisläufe so tief eingegriffen. Zahllose Schäden sind die Folge. Unsere Generation hat die große Aufgabe und Verantwortung, daß der Weg der Umweltzerstörung nicht weiter beschritten wird. Auf Dauer gibt es kein Wirtschaften ohne Achtung der natürlichen Kreisläufe und ohne sorgfältige Rücksicht auf unsere natürlichen Lebensgrundlagen wie Boden, Wasser, Luft sowie Fauna und Flora.

Die Aufgabenstellung ist zweifach: vorhandene Schäden auf der Grundlage des Verursacherprinzips zu beseitigen und neue Schäden nach dem Vorsorgeprinzip zu vermeiden.

Eine umweltorientierte Wirtschaftspolitik bietet zugleich Chancen für die rheinland-pfälzische Wirtschaft und schafft Arbeitsplätze.

Luft und Wasser - unsere Lebensgrundlagen

Mensch und Natur sind stark belastet von der Verschmutzung unserer Luft durch Kraftwerke, Industrie, Autos und Hausheizungen. Wir müssen schnell handeln, wenn wir das Waldsterben aufhalten wollen und wenn sich Krankheiten wie Allergien, Atemwegerkrankungen und Krebs nicht weiter ausbreiten sollen. Natürlich bedarf es auch der internationalen Abstimmung. Aber wir können als Land ein Vorbild sein. Es hat sich außerdem gezeigt, daß die bestehenden gesetzlichen Regelungen gegen die Verursacher nicht ausreichen und daß zu lange Übergangsfristen bestehen.

Die TA Luft muß deshalb nachgebessert werden, denn sie läßt Schlupflöcher für Umweltsünder. Das gilt auch für die Kraftwerke. Autos brauchen einen Katalysator, Raumheizungen brauchen eine umweltfreundliche Technologie. Dafür sind gesetzliche Regeln zu schaffen. Das werden wir fördern. Wir leisten einen eigenen Beitrag zum Schutz der Ozonschicht, in dem die SPD auf allen Ebenen vom Land über Kommunen bis zu einzelnen Haushalten durch Aufklärungsarbeit auf einen Spraydosen-Boykott drängt.

Wasser ist das wichtigste Lebensmittel für den Menschen. Vorsorgende Politik schützt Gewässer gegen die Einleitung gefährlicher und giftiger Stoffe, fördert den sparsamen Umgang mit wertvollem Wasser und insbesondere mit Grundwasser und schützt die Einsickerungsbereiche und Feuchtgebiete dauerhaft.

Die rechtlichen Voraussetzungen sind so zu verändern, daß der Stand der Technik für die Abwasserreinigung bei allen Einleitungen gilt. Alle Einleitungsgenehmigungen sollen offengelegt werden. Die Landwirtschaft braucht klare Vorgaben, damit das Grundwasser von Nitrat, chlorierten Kohlenwasserstoffen und anderen Chemikalien geschützt wird. Wir lehnen den Wasserpfennig ab.

Der große Nachholbedarf an Kläranlagen in Rheinland-Pfalz ist zu beseitigen. Dabei werden Sozialdemokraten dafür sorgen, daß die Bevölkerung nicht wie bisher über das erträgliche Maß hinaus finanziell belastet wird. In vielen Bereichen ist die finanzielle Belastung der Bürger durch Wasser-, Abwasserbeseitigungs- und Straßenbaumaßnahmen sowie durch Abfallgebühren und andere Beiträge in einem Maße gestiegen, daß die zumutbare Grenze überschritten ist. Aus diesem Grunde werden wir das neue Kommunalabgabengesetz sofort mit dem Ziel ändern, die Gebühren nicht uferlos zu steigen zu lassen.

Abfall - auch eine Rohstoffquelle

Riesige Abfallberge sind die Folge unseres sorglosen Umgangs mit Rohstoffen und unseres Konsumverhaltens. Noch kennen wir nicht alle Gefahren, die in diesen Abfallbergen lauern für unser Trinkwasser, für Boden und Luft. Dabei ist unser Abfall eine vielfältige Rohstoffquelle. Wir wollen erreichen:

- Müllvermeidung und Müllverminderung durch Mehrweg-Systeme und getrenntes Sammeln von Wertstoffen und ein gestaffeltes Gebührensystem;
- Wiederverwertung von Abfallstoffen; Müllverbrennung ist nur tolerierbar in Verbindung mit Fernwärme oder wenn technische Verfahren zur Schonung von Rohstoffen (z.B. Bims und Baustoffe) beitragen;
- sichere und kontrollierte Entsorgung von Sondermüll;
- Intensivierung der Forschung für Müllverwertung;
- Schaffung eines Abfall- und Altlastenkatasters;
- Sanierung der Altlasten in Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern - wo möglich - nach dem Verursacherprinzip und Schutz des Grundwassers bei vorhandenen Deponien;
- eine Umweltverträglichkeitsprüfung für alle Genehmigungen bei Neuansiedlungen.

An diesen Kriterien wollen wir die Gesetzgebung des Landes orientieren und die des Bundes beeinflussen. Klare Gesetze sind die Grundlage unserer Umweltpolitik, nicht etwa kündbare freiwillige Vereinbarungen.

Bürgerbeteiligung stärken

Für eine aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Umwelt werden wir anstreben:

- eine umfassende Information der Öffentlichkeit über Zustand und Entwicklung der Umweltbelastungen und die Veröffentlichung jährlicher Umweltberichte;
- frühzeitige Bürgerinformation und -beteiligung bei allen umweltrelevanten Planungen und Maßnahmen, dies gilt auch für bereits bestehende Maßnahmen und Einleitungsgenehmigungen;

- Sicherung der grundsätzlichen Rechte der Bürger auf Zugang zu allen genehmigungsrelevanten Informationen;
- eine Verstärkung der Bürgeraufklärung und -beratung in Umwelt- und Energiefragen und der Werbung für umweltfreundliche, energiesparende Maßnahmen und Produkte;
- die Einrichtung vom Umweltberatern bei den Kreisen und kreisfreien Städten.

Nach dem geltenden Recht fehlt es im Umweltschutz den unmittelbar Betroffenen an der Klagebefugnis. Das kann dazu führen, daß die Behörden in Planfeststellungsverfahren bei Zielkonflikten zwischen Ökologie und Ökonomie die Belange des Umweltschutzes zurückstellen. Diesem Mangel kann durch die Einführung des Verbandsklagerechtes begegnet werden. Wir werden deshalb für die nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz anerkannten Verbände das Recht zur Verbandsklage verankern.

Sozialdemokraten werden eine Umweltpolizei schaffen, die durch Ausbildung und Ausstattung in der Lage ist, Umweltstraftaten zu verhindern oder zu verfolgen. Dabei muß eine effektive Gesamtkontrolle und Verfolgung von Umweltvergehen durchgeführt werden.

Ein Beispiel für den Schutz der Natur in den Gemeinden ist die Erhaltung des Baumbestandes. Wir werden die Voraussetzungen zum Erlaß kommunaler Baumverordnungen schaffen, die den Bestand der grünen Lungen in Städten und Gemeinden sichern.

Archiv der sozialen Demokratie
Bibliothek
Bonn

Chemie - ein Beispiel für ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft

Unsere Gesellschaft ist ohne chemische Technologien nicht mehr denkbar. Rheinland-Pfalz ist ein wichtiger Standort der chemischen Industrie. Wir werden aber auch Tag für Tag mit den Gefahren der chemischen Produktion und Verwendung konfrontiert. Wir müssen die Folgen der Chemie auf die Gesundheit, auf den Arbeitsschutz und auf die Umweltverträglichkeit noch stärker prüfen und die entsprechenden Konsequenzen daraus ziehen. Dies gilt für die Überprüfung der in der Chemie verwendeten Substanzen und für die Umstellung der Herstellungstechniken. Hochgiftige und krebserregende Stoffe müssen verboten werden.

Ein vorsorglicher Umgang mit der Chemie fragt nach dem Nutzen der chemischen Produkte für die Menschen. Sie bewertet die positiven wie die negativen Wirkungen eines Stoffes, einschließlich seiner Neben- und Umwandlungsprodukte. Dies gilt für die Produktion wie für die Anwendung und für die Beseitigung. Die Zukunft der Menschen und der Natur stehen im Vordergrund. Wirtschaftliche Gesichtspunkte dürfen deshalb keinen Vorrang haben. Deshalb muß auch das Haftungsrecht unabhängig vom Verschuldensprinzip greifen.

Wir werden an dieser Verschärfung des Haftungsrechtes mitarbeiten und eine Initiative ergreifen, damit Arbeitnehmer in einem Umweltausschuß nach dem Betriebsverfassungsgesetz die umweltorientierte Gestaltung ihrer Arbeitsplätze mitbestimmen können.

Eine sozialdemokratische Landesregierung wird die Gewerbeaufsicht im Interesse des Umweltschutzes stärken, ohne die Aufgaben des Arbeits-und Gesundheitsschutzes zu vernachlässigen.

Energie - Chancen auf Arbeit statt unbeherrschbarer Risiken

Die Nutzung der Atomenergie setzt voraus, daß Mensch und Technik fehlerfrei sind. Weil ein Versagen nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden kann und die Risiken der Atomenergie weder räumliche noch zeitliche Grenzen kennen, werden wir auf sie verzichten. Wir unterstützen den von der SPD vorgelegten Stufenplan für einen Weg in eine Energieversorgung ohne Atomkraft. Wir werden von uns aus alles tun, damit so rasch wie möglich eine Energieversorgung ohne Atomkraft für die Bundesrepublik Deutschland verwirklicht wird. Wenn die Akteure in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zusammenwirken, werden wir weniger als ein Jahrzehnt benötigen, um das letzte Atomkraftwerk abzuschalten.

Wir treten ein für die Änderung des Atomgesetzes, mit dem Ziel der Stillegung aller Atomkraftwerke, für die Untersagung der Erteilung von Bau- und Betriebsgenehmigungen für weitere Atomkraftwerke sowie für die Ablehnung von Wiederaufarbeitung und Schnellen Brüter. Dies bedeutet, daß keine neuen Atomkraftwerke mehr geplant und an das Stromnetz angeschlossen werden dürfen. Das gilt auch für das rheinland-pfälzische Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich. Wir werden auch alle Möglichkeiten des heute schon geltenden Atomrechtes nutzen, um wegen der besonderen Bedenken gegen Mülheim-Kärlich dieses Atomkraftwerk nicht ans Netz gehen zu lassen.

Die Konzentration auf vorhandene Energiequellen sichert vorhandene Arbeitsplätze im Bergbau und schafft zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten.

Wir fördern verstärkte Maßnahmen zur rationellen Energieverwendung und zur weiteren Energieeinsparung, unter anderem durch eine konsequente Ausnutzung des vorhandenen Energiepotentials und durch eine Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes. Wir wollen erneuerbare Energiequellen fördern und nutzen, um eine künftige Energieversorgung ohne Kernenergie zu gewährleisten. Konkret haben für uns umweltfreundliche Kohlekraftwerke, der Ausbau von Erdgasversorgung und Fernheizsysteme sowie die Entwicklung alternativer Energiequellen in den kommenden Jahren Vorrang. Die Vorteile dezentraler kleiner und mittlerer, verbrauchsnaher Energieerzeugung müssen mit einer Stärkung der regionalen Energieversorgung verbunden werden und Eingang in die Regionalplanung finden.

Eine sozialdemokratische Landesregierung wird mit den Unternehmen der Energiewirtschaft die Möglichkeiten der Förderung umweltverträglicher Energiearten so verbessern, daß die heute brachliegenden erheblichen Investitionen in Gang kommen. Das wird zugleich für das Handwerk und die Bauwirtschaft erhebliche Anstöße bewirken.

Die Standortplanung und Festlegung für Kraftwerke ist eine viel zu wichtige öffentliche Aufgabe, als daß sie alleine von den Unternehmen und der Landesregierung entschieden werden kann. Die Mitwirkung der Bürger muß ebenso gesichert sein, wie die Entscheidungsmöglichkeiten der parlamentarischen Gremien.

VIII. Wir werden mithelfen bei einer Politik des Friedens

Landtagswahlen haben auch bundespolitische Bedeutung. Das haben die Debatten des Bundesrates über die Europäische Akte ebenso gezeigt wie frühere Diskussionen um die Ratifizierung außenpolitischer Verträge. Wir wollen mithelfen bei einer Politik des Friedens, die unsere Freiheit und Sicherheit wirksam schützt.

In Europa stehen sich immer noch zwei hochgerüstete Militärblöcke gegenüber. Wir gehen davon aus, daß die Industriestaaten angesichts des weltweiten Hungers, der großen Entwicklungsprobleme und der Arbeitslosigkeit ihren Reichtum nicht in immer mehr Rüstung verschleudern dürfen. In keiner Region in Westeuropa sind die alltäglichen Belastungen aus militärischer Rüstung so deutlich spürbar wie in Rheinland-Pfalz. Jährlich weit über 100 000 Tiefflüge, das einzige Lager für Giftgaswaffen in Westeuropa, die Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen im Hunsrück, 8 NATO-Flugplätze, viele Standorte und Manöver zeigen das deutlich.

Deshalb wird eine sozialdemokratische Landesregierung darauf sorgen, daß unsere Interessen zählen. Wir wollen gleichberechtigte Partner im Bündnis sein und fordern, daß von Militärbasen in Rheinland-Pfalz keine militärischen Aktionen mit Zielen außerhalb der Nato geleitet und durchgeführt werden. Die Willensbildung im Bündnis muß den Beziehungen souveräner Vertragspartner entsprechen und auf die vitalen Interessen der Mitglieder Rücksicht nehmen. Auf der Grundlage sozialdemokratischer Friedens-und Entspannungspolitik, als gleichberechtigter Partner im Bündnis der westlichen Demokratien und mit dem Ziel souveräner Rechte sagen wir:

Wir werden alle Bestrebungen unterstützen, die in Europa Abrüstung ermöglichen. Die Ächtung von Giftgaswaffen und der sofortige Verzicht darauf sind ein Signal dafür, daß unsere Anstrengungen auf das für Verteidigung unabdingbare Maß reduziert sind. Wir fordern das Giftgas aus der Pfalz abzuziehen. Es darf auch nicht durch die neuen binären Giftgaswaffen, selbst in Krisenzeiten, ersetzt werden. Giftgas ist kein Mittel zur Verteidigung. Wir halten eine atomwaffenfreie Zone in Europa für einen ersten möglichen Schritt. Die Abrüstung der Mittelstreckenwaffen in Ost und West ist greifbar nahe. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird sich dafür einsetzen, daß bereits stationierte Mittelstreckenwaffen abgezogen und keine neuen stationiert werden. Sie darf an der Bewaffnung des Weltraumes nicht scheitern. Wir halten es für verhängnisvoll, daß diese Überlegung mit Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland weiter verfolgt wird.

Tiefflüge über Rheinland-Pfalz müssen drastisch begrenzt werden. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird sich darüberhinaus dafür einsetzen, daß Gefechtsübungen über bewohntem Gebiet strikt verboten werden. Ein weiterer Landschaftsverbrauch für militärische Zwecke lehnen wir in Rheinland-Pfalz ab.

Bei den Standorten, gleich ob der Bundeswehr oder der alliierten Streitkräfte, müssen die Bestimmungen des Umweltschutzes, des Baurechtes und der Sicherheit uneingeschränkt angewendet werden. Dies gilt auch für die Sicherheit von militärischen Transporten.

Wir werden darauf drängen, daß die Bundesregierung die Bestimmungen des NATO-Truppenstatutes und seiner

Zusatzabkommen in Verhandlungen so präzisiert, daß für deutsche Arbeitskräfte bei den Streitkräften deutsches Arbeitsrecht gilt. Außerdem müssen Vereinbarungen getroffen werden, die den Abbau von Arbeitsplätzen im Zuge von Privatisierungsmaßnahmen verhindern. Wir werden auf die Einhaltung der früher gegebenen Zusagen drängen. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird darüberhinaus in engen Gesprächen mit den Gewerkschaften, den Universitäten und der Wirtschaft nach Wegen suchen, um zusätzliche zivile Arbeitsplätze in den Regionen zu schaffen, die jetzt besonders stark von Arbeitsplätzen bei den Streitkräften geprägt sind.

Wer für den Abbau falscher Konfrontation zwischen Staaten ist, sollte im Inneren keine falsche Konfrontation entstehen lassen. Wir brauchen die Fähigkeit zur Verteidigung, folglich die Bundeswehr als Wehrpflichtarmee und ihre Einbettung in das Bündnis der NATO. Deren Charakter als regionales Verteidigungsbündnis darf genauso wenig verändert werden wie der Charakter der Bundeswehr. Deshalb sind wir gegen die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr. Wir wenden uns auch dagegen, daß junge Rheinland-Pfälzer öfter zu Reserveübungen eingezogen werden als junge Männer aus anderen Bundesländern.

In den vergangenen Jahren ist klarer geworden, daß deutsche Interessen am besten in einem gemeinsamen Europa durchgesetzt werden können. Frieden läßt sich besser auf entwickelte wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen, auf den Austausch von Meinungen und das gegenseitige Kennen durch humanitäre Beziehungen gründen als auf immer höhere Waffenberge. Wir werden in Rheinland-Pfalz Friedens- und Konfliktforschung anregen und fördern.

Wir treten für eine Stärkung der europäischen Integration ein und dafür, daß das Land Rheinland-Pfalz gegenüber dem Bund und bei den europäischen Institutionen seine Interessen selbstbewußt formuliert und wahrnimmt. Landespolitik kann in vielen Bereichen ohne die Bindungen der Bundespolitik und der Europäischen Gemeinschaft nicht mehr formuliert werden. Folglich müssen wir ein Interesse daran haben, auf die Bundespolitik und die europäischen Institutionen im Interesse der besonderen Probleme unseres Landes Einfluß zu gewinnen. Das Büro des Landes Rheinland-Pfalz bei der Europäischen Gemeinschaft wird entsprechend verstärkt.

Wir verstehen es als Aufgabe einer sozialdemokratische Landesregierung, den Friedenswillen der Jüngeren und die Sehnsucht der Älteren, die einen Weltkrieg erlebt haben, in konkreter Friedenspolitik zu verwirklichen. Das setzt klare Ziele und ein hohes Maß an Realismus voraus. Aber wer den Willen zur Veränderung nicht hat, kann auch für Abrüstung und Entspannung nichts erreichen.